

vpod

Bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft



Sektion Zürich Lehrberufe

vpod
zürich

Pflichtlektion

Regionalteil beider Basel

GE

vpod basel lehrberufe

Regionalteil Bern

vpod **BERN** lehrberufe

Schule und Bildung während der Corona-Krise

«Challenge for Future» der Klimabewegung



Zeitschrift für
Bildung, Erziehung
und Wissenschaft

vpod bildungspolitik 216
Mai 2020

Ausgewählte Artikel der aktuellen Nummer der vpod bildungspolitik sind auch auf unserer Homepage zu finden. Jeweils zwei Monate nach Erscheinen sind die vollständigen Hefte als pdf abrufbar: vpod-bildungspolitik.ch

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)
Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh
Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn
Titelseite Foto: Katrin Meier
Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 217:
18. Mai 2020

Auflage Heft 216: 3000 Exemplare

Zahlungen:
PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Hostenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Michela Seggiani, Béatrice Stucki, Ruedi Tobler, Peter Wanzenried, Kerstin Wenk

Beteiligt an Heft 216

Sophie Blaser, Roland Brunner, Yannic Bucher, Mikail, Miron, Lorin, Rona, Salomé Frish, Barbara Hobi, Erwin Hurny, Tobias Kalt, Nexhat Maloku, Katrin Meier, Martina Meier, Stefan Müller, Roland Näf, Peter Schmidheiny, Michela Seggiani, Zoe Stadler, Martin Stohler, Markus Truniger, Katrin Zurbuchen

Während der Corona-Krise

Nach dem pandemiebedingten Schliessen der Schulen am 16. März war Improvisation und Fernunterricht angesagt. Wie geht es weiter?

04 Corona im Bildungsbereich

Wie kommen wir da wieder raus?

06 Basler Schulen und Kindergärten

In Basel-Stadt erschwert die Teilautonomie der Schulen ein einheitliches Vorgehen.

08 Eindrücke aus dem Kanton Bern

Bildungspolitik zu Zeiten der Corona-Pandemie.

09 Berner Lehrpersonen berichten

Einblicke in Fernunterricht an Primarschule, Sekundarstufe 1, Gymnasium, Berufsfach- und Musikschule.

14 Homeschooling und Familienalltag

Mitglieder der Familie Frish erzählen.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- GV VPOD Lehrberufe 2020
- Fernunterricht und Chancengerechtigkeit
- Instrumentalunterricht aus der Ferne
- 10ni-Pause

19 Keine Diskriminierung von Geflüchteten!

Gerade in der aktuellen Situation brauchen Geflüchtete Schutz und Unterstützung beim Zugang zu Bildung.

Challenge for Future

21 Fight every crisis!

Aufgrund der Corona-Pandemie verlagert sich der Protest der Klimabewegung ins Internet.

23 Auf dem Weg zu Netto-Null 2030

Die Klimajugend engagiert sich. Auf Demonstrationen, mit politischen Entwürfen, Arbeit vor Ort.

24 Verständnis für Solidarität

Eine effektive Klimapolitik beginnt bei der Bildung.

25 Wider die Klimakatastrophe

In ihrem neuen Buch wirbt Naomi Klein für einen «New Green Deal».

26 Klimabewegung und Gewerkschaften

Die Geschichte einer Annäherung.

Aktuell

28 Wa(h)re Flüchtlinge

Eine Möslü-Bildungsveranstaltung am 27.6.2020.

29 Teure Chancengleichheiten

Die Kolumne des Vereins für eine Schule ohne Selektion VSoS.

30 Vision gendergerechte Lehrmittel

Die Publikation zur Tagung »Gendersensible Berufsorientierung« vom 26. Oktober 2018.

31 Vielfalt ist ein grosses Plus

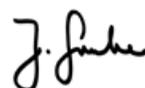
Michela Seggiani im Portrait.

Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe sollte eigentlich der für den 15. Mai geplante Klimastreik «Strike for Future» werden. Nun überlagert seit Wochen die Corona-Pandemie alle anderen Themen. Seit 16. März haben die Schulen geschlossen, während der Unterricht online weitergeführt wird. Weil die sich damit stellenden Fragen auch aus bildungspolitischer und gewerkschaftlicher Perspektive thematisiert werden müssen, zeigt die «bildungspolitik 216» die Herausforderungen, die sich Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler (SuS) sowie Eltern unter diesen schwierigen Lernbedingungen stellen. Bei aller Dramatik der gegenwärtigen Situation ist es bemerkenswert, wie gute Arbeit alle Beteiligten leisten. Und wie viel alle bei der Improvisation, dem Experimentieren mit neuen Unterrichtsformen lernen. Die Lehrpersonen, die von heute auf morgen Fernunterricht durchführen mussten, die SuS, die beim Lernen ausserhalb des physisch präsenten Klassenverbandes stärker auf sich selbst zurückgeworfen sind und die Eltern, die sich in einer neuen Rolle als Lernbegleitende wiederfinden. Ob diese Lernprozesse wohl nachhaltig sind und zukünftig die Lehrpersonen tatsächlich souveräner mit digitalen Technologien umgehen, die SuS selbständiger lernen und die Eltern grösseres Verständnis für Schule und Unterricht haben? Das bleibt zumindest zu hoffen.

Was jetzt jedoch bereits klar ist, ist, dass trotz all der wertvollen Erfahrungen Homeschooling kein Ersatz für die reguläre Schule sein kann. Das Lernen in der Gemeinschaft, die direkte Interaktion von Lehrperson und Klasse sind für viele Lernprozesse unverzichtbar. Findet Lernen nur zuhause statt, werden insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien noch stärker abgehängt. Bereits jetzt reproduziert das Schweizer Bildungssystem soziale Ungleichheiten, wie erst unlängst wieder die Studie «Soziale Selektivität» des Schweizerischen Wissenschaftsrats gezeigt hat (vgl. S. 29 dieser Nummer). Eine Fortführung des Homeschoolings würde diese sozialen Ungleichheiten weiter vergrössern, weil dann Bildungsnähe und Wohlstand der Herkunftsfamilie unweigerlich noch grösseren Einfluss auf den Bildungserfolg hätten.

Homeschooling verstärkt jedoch nicht nur Chancenungleichheiten, auch der Einsatz digitaler Lerntechnologien ist zumindest ambivalent. Selbstverständlich stellen diese eine Bereicherung für den Unterricht dar, wenn sie im Rahmen pädagogischer und didaktischer Konzepte reflektiert eingesetzt werden. Doch ein Selbstzweck sind sie nicht. Und sie haben auch ihre Schattenseiten, wie die Datensammlungen verdeutlichen, die bei der massenhaften Verwendung von Lernsoftware entstehen. Indem die Daten von Lernenden in Algorithmen eingehen, zeitigen sie gesellschaftliche Machteffekte (vgl. S. 5). Gerade angesichts drängender Fragen des Datenschutzes sollte die Euphorie über die jüngsten Fortschritte bei der Anwendung von digitalen Lerntechnologien nicht ungetrübt sein. Was es in jedem Falle braucht, ist, wie es Béatrice Stucki auf den Punkt bringt, dass «die Schuldirektionen nach der Pandemie Homeschooling, dessen Umsetzung und die Konsequenzen für die Arbeit der Lehrpersonen genau analysieren und für die Zukunft Konzepte erarbeiten und bereithalten» (vgl. S. 8).

Ach ja, der «Strike for Future» wurde abgesagt bzw. redimensioniert. Angesichts der aktuellen Einschränkung von Öffentlichkeit und politischen Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit ist ein wirkmächtiger Massenstreik in der aktuellen Lage nicht durchführbar. Die Schweizer Klimabewegung verlegt deshalb ihr Engagement gegen den Klimawandel unter dem neuen Slogan «Challenge for Future» ins Internet. Die Gewerkschaften haben inzwischen erkannt, dass die soziale und die ökologische Frage eng miteinander verwoben sind und unterstützen deshalb die Klimabewegung. Es ist zudem zu befürchten, wie Tobias Kalt ausführt (S. 26-27), dass die Coronakrise als Anlass genutzt werden wird, «Umweltstandards abzubauen und der Bevölkerung eine neue Welle der Austeritätspolitik aufzuzwingen.» Dies gilt es durch die Zusammenarbeit von Gewerkschaften mit der Klimabewegung und anderen sozialen Bewegungen unbedingt zu verhindern.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik



Corona im Bildungsbereich – Wie kommen wir da wieder raus?

Auch nach der Bewältigung der unmittelbaren Krise werden sich viele Fragen stellen, in welcher Form weiter unterrichtet werden soll. Von Christine Flitner

Die Umstellung auf Fernunterricht ist von Lehrpersonen und Schulen mit Flexibilität und Improvisationsvermögen gemeistert worden. Einige hatten die digitalen Möglichkeiten schon länger in ihren Unterricht integriert, andere mussten neu anfangen, alles von null aufbauen und den unverzichtbaren direkten Kontakt, der die Qualität von Lernbeziehungen entscheidend bestimmt, nach besten Kräften zu ersetzen suchen.

Dass beim Fernunterricht die familiäre Situation der einzelnen Schülerinnen und Schüler ein grösseres Gewicht erhalten haben, gehört zu den Sorgenfaktoren. Eltern sind in der Situation des Fernunterrichts präsenter und unterstützen die Kinder nach Möglichkeit und Interesse. Das benachteiligt diejenigen Kinder, deren Familien nicht dazu in der Lage sind. Die wichtige Förderung der Integration und Chancengleichheit durch die Volksschule ist sehr erschwert und bis zu einem gewissen Grad sogar unmöglich gemacht.

Wie schnell die getroffenen Massnahmen jetzt wieder aufgehoben werden, ist

in der Politik ebenso umstritten wie unter Lehrpersonen und Eltern. Die unsinnige Aufrechnung von ökonomischen gegen gesundheitliche Kosten hat die Diskussion von Anfang an bestimmt und wurde und wird von den Medien in immer neuen Varianten durchgespielt. So ruft auch die Frage, wie und zu welchem Zeitpunkt die Schulen und andere Bildungseinrichtungen wieder geöffnet werden könne, heftige Kontroversen entlang dieser Linien hervor. Für alle Positionen gab und gibt es (neben viel Panikschüren von Seiten der Wirtschaftsverbände) auch gute, fachliche Gründe, die am Wohl der Schülerinnen und Schüler sowie an der Gesundheit der Lehrpersonen orientiert sind.

Möglicherweise ist die Frage des Zeitpunkts aber weniger wichtig als die Klärung der Fragen, welche Folgen der Unterbruch des Präsenzunterrichts hat und wie wir damit umgehen können. Damit die Rückkehr zum Präsenzunterricht ohne nachhaltige Schäden gelingt, braucht es geeignete Massnahmen und Aufmerksamkeit für bestimmte Punkte.

Chancengleichheit und Integration

Die Volksschule hat einen hohen Anspruch, den sie schon in sogenannten normalen Zeiten nur teilweise erfüllen kann. Der Schulerfolg hängt in der Schweiz, wie immer wieder gezeigt wurde, signifikant vom Engagement und auch vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Die Befürchtung ist naheliegend, dass sich solche Tendenzen durch den Unterricht zuhause verstärkt haben.

Schon die Ausstattung der Familien mit den notwendigen Geräten für den Fernunterricht war und ist sehr unterschiedlich. Auch die Frage, wie viele Geschwister und Erwachsene die Geräte gleichzeitig (für Schule, Homeoffice, Freizeit) nutzen müssen, wirkt sich auf die Teilnahme aus. Schliesslich konzentriert sich der Fernunterricht notgedrungen auch verstärkt auf Inhalte und Aufgaben, die kognitiv zu bewältigen sind.

Diskussion, Austausch, soziales Lernen, gemeinsames Entwickeln von Lösungen wie auch die manuellen oder physischen Anteile des Unterrichts sind reduziert oder fallen ganz weg. Und auch das soziale Zusammensein mit den anderen Kindern, der Austausch, Streit, gegenseitige Hilfe, Konflikte, Freundschaften und Feindschaften im direkten Austausch können nicht stattfinden oder sind auf die sozialen Medien reduziert.

Die Schule muss daher in den nächsten Wochen und Monaten einiges nachholen und wieder ausgleichen. Es darf nicht geschehen, dass die Pandemie-Massnahmen je nach Herkunft zu mehr oder weniger grossen Bildungsdefiziten führen, welche sich auf die weitere Bildungslaufbahn auswirken.

Das eine ist, die Noten fürs laufende Semester auszusetzen und die Kinder auf der Grundlage der Erfahrungsnoten aus dem ersten Semester zu versetzen oder abschlies-

sen zu lassen. Ebenso wichtig ist es aber, kurzfristig und mittelfristig ergänzende Massnahmen (Stützunterricht u.a.) vorzusehen, damit alle Kinder die Nachteile der Fernunterrichtsphase ausgleichen können.

Prüfungen und Noten

Politik, Fachleute und Verwaltung haben in bewundernswertem Eiltempo für die verschiedenen Stufen und Ausbildungsgänge Regelungen ausgearbeitet, die sichern sollen, dass Absolventinnen und Absolventen des Jahrgangs 2020 ihre Prüfungen machen können, ihr Lehrabschlusszeugnis erhalten oder in die nächste Schule, Stufe oder Klasse versetzt werden können.

Bei manchen Regelungen schimmern die üblichen grundsätzlichen Diskussionen durch. So finden die Branchenverbände bei den Lehrabschlussprüfungen vor allem die (leichter durchführbare) theoretische Prüfung verzichtbar, während sie nun ein ausgefeiltes und umständliches System für die praktischen Prüfungen aufbauen, obwohl man meinen sollte, dass die praktischen Fähigkeiten nach einer 3-4-jährigen Lehre durchaus auf der Grundlage von Erfahrungswerten zu beurteilen wären. Und die Idee, dass ein ganzer Jahrgang von Schülern und Schülerinnen ohne Tests und Noten versetzt werden soll, lässt einige Bildungspolitiker über notwendige Erhöhung der Repetitionsraten und minderwertige «Kriegsmaturen» phantasieren.

Für die AbsolventInnen ist es vor allem wichtig, dass ihre Zeugnisse national und international vorbehaltlos anerkannt sind und den Zugang zur entsprechenden nächsten Stufe des Bildungssystems eröffnen.

Und für alle anderen Schüler und Schülerinnen wird es darum gehen, dass im kommenden Schuljahr die zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung stehen, mit denen allfällige Defizite aus dem laufenden Jahr aufgefangen werden können. Die notwendige Reduktion der Kinderzahl pro Klasse könnte in diesem Sinne eine Chance sein.

Und Eltern und Gesellschaft haben die grossartige Möglichkeit festzustellen, dass Kinder und Jugendliche mit der richtigen Anleitung durchaus auch ohne Notendruck und Versetzungsstress bereit sind zu lernen, sich mit Inhalten auseinanderzusetzen und ihren Horizont zu erweitern.

Schöne neue digitale Schulwelt

Die brachiale Umstellung auf den Fernunterricht hat die Anwendung digitaler Mittel in der Schule notgedrungen innerhalb von kürzester Zeit auf 100 gebracht, mit allen Nebenerscheinungen, die eine unvorbereitete Reform mit sich bringt.

Viele Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit blieben in dieser Situation erstmal ungeklärt. Zahlreiche private Geräte

mit unklaren Schutzprogrammen kommen zum Einsatz, Software mit datenrechtlich zweifelhaftem Ruf wird massenhaft benutzt, Schulen werfen ihre bisherigen Prinzipien (beispielsweise das Verbot, ausländische Server zu nutzen) flugs über Bord.

Dabei sind die vielen Fragezeichen, welche die digitalen Medien im Bereich der Schule aufwerfen, nicht neu. Der VPOD hat schon 2018 dazu verschiedene Forderungen und Überlegungen formuliert, die nach wie vor aktuell sind. Unter anderem geht es darum, den Nutzen der digitalen Medien für die Lernbeziehungen klar im Auge zu behalten, die Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation kritisch zu begleiten, Ausstattung und Support genügend Aufmerksamkeit zu geben und mit den Schülerinnen und Schülern einen reflektierten Umgang mit den Medien zu erarbeiten.

Grosse ungeklärte Themen sind bis heute jedoch insbesondere die Fragen der Datensicherheit und des Schutzes – und je grösser die möglichen und vorhandenen Datensammlungen sind, desto dringlicher ist es, sich kritisch damit zu beschäftigen.

Dabei geht es nicht nur um den Schutz der Einzelnen und ihr Recht darauf, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung der eigenen personenbezogenen Daten zu bestimmen. Viel wichtiger ist die Frage der mehr oder weniger unkontrollierten Sammlung und Verknüpfung von Daten aller Art, die, wie es scheint, schon jetzt kaum noch kontrollierbar ist.

Gerade Anbieter digitaler Lehrmittel und weiterer Dienstleistungen sammeln offenbar bereits heute detaillierte Daten zu Lernverhalten und -erfolg von Schülerinnen und Schülern und nutzen sie meist exklusiv. Die Nutzerinnen und Nutzer sind sich über den Umfang und die Art der Datensammlung häufig gar nicht im Klaren.

So fallen bei der Interaktion mit den weit verbreiteten Lernplattformen, über die auch Prüfungen abgewickelt und Leistungen bewertet werden, grosse Mengen Daten an, die grundsätzlich dazu verwendet werden können, detaillierte Leistungs- und Verhaltensprofile der Schülerinnen und Schüler zu erstellen.

In einem Beitrag von Rainer Mühlhoff auf [Netzpolitik.org](https://netzpolitik.org) («Plattform für digitale Freiheitsrechte») wird aufgezeigt, inwiefern die Unterscheidung von anonymen und personenbezogenen Daten in Bezug auf den Datenschutz heute überholt ist.

Im Hinblick auf die zur Zeit diskutierten Tracking-Apps (zur Identifizierung von Kontakten Corona-Infizierter) hält der Autor fest, dass eine mögliche Re-Identifikation einzelner Personen weit weniger schlimm ist als die Nutzung solcher Daten zum Training künstlicher Intelligenzen und sogenannter prädiktiver Analysen: «In dem Moment, wo

«Die brennende Frage, wo überall Daten gesammelt werden, wer Zugriff darauf hat und was damit geschieht, muss dringend öffentlich diskutiert werden.»

Verhaltensdaten fast flächendeckend anfallen und (sei es auch anonymisiert) erhoben werden, sind die prädiktiven Modelle, die damit trainiert werden, dazu in der Lage, ganze Populationen in Risikogruppen einzuteilen und algorithmisch zu verwalten.» So können die Algorithmen die Gesellschaft einteilen, zum Beispiel in Bezug darauf, wer aufgrund seiner Bewegungsmuster vermeintlich ein besonderes Sicherheits- oder Gesundheitsrisiko darstellt (zum Beispiel weil das Bewegungsprofil erkennen lässt, dass jemand das Virus besonders verbreitet hat), wer aufgrund seines Lernverhaltens an Schule oder Universität für bestimmte Jobs vermeintlich besonders geeignet ist oder welches Kind mit höherer Wahrscheinlichkeit Opfer häuslicher Gewalt wird und deshalb präventiv vom Jugendsticht beobachtet werden sollte. (<https://netzpolitik.org/2020/warum-wir-gerade-jetzt-eine-debatte-ueber-datenschutz-brauchen/>)

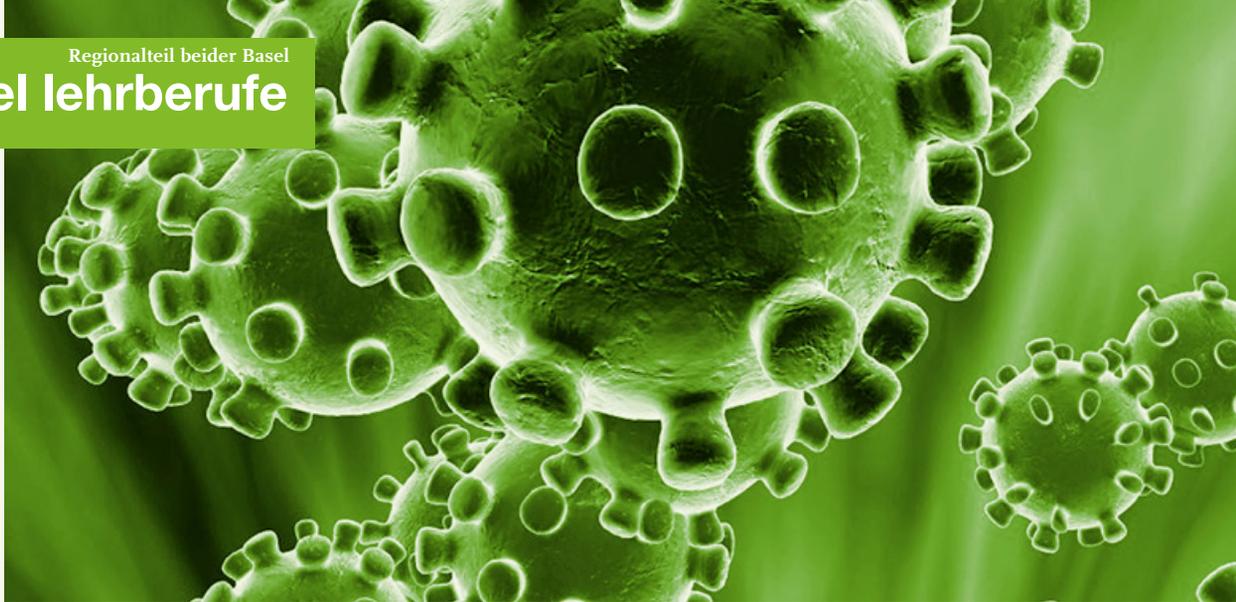
Es ist offensichtlich: Das Corona-Virus kann eingedämmt werden, aber die digitalen Nebenwirkungen sind beachtlich. Die brennende Frage, wo überall Daten gesammelt werden, wer Zugriff darauf hat und was damit geschieht, muss dringend öffentlich diskutiert werden. ■

Christine Flitner ist als VPOD-Zentralsekretärin für den Bildungsbereich zuständig.

Rainer Mühlhoff: Digitale Grundrechte nach Corona – Warum wir gerade jetzt eine Debatte über Datenschutz brauchen: <https://netzpolitik.org/2020/warum-wir-gerade-jetzt-eine-debatte-ueber-datenschutz-brauchen/>

VPOD-Bildungspolitik zur Digitalisierung: https://vpod.ch/site/assets/files/0/19/826/212_h.pdf

«Daten in der Bildung – Daten für die Bildung, Grundlagen und Ansätze zur Entwicklung einer Datennutzungspolitik für den Bildungsraum Schweiz», Bericht der Fachagentur Educa.ch, im Auftrag des Koordinationsausschusses Digitalisierung in der Bildung (KoA Digi) (gemeinsamer Ausschuss des Eidgenössischen Dept. für Wirtschaft, Bildung und Forschung und der EDK. https://www.educa.ch/sites/default/files/uploads/2019/08/daten_in_der_bildung_high.pdf



Grosse Unterschiede bei den teilautonomen Schulen

Lernen trotz Unterrichtsausfall findet für die Schülerinnen und Schüler in Basel-Stadt sehr unterschiedlich statt.

Dass die Krise sowohl Eltern wie auch Lehrpersonen stark fordert, ist klar. Trotz vielen und hohen Ansprüchen kann festgehalten werden, dass vieles sehr gut läuft. Die Kinder werden auf allen Stufen und an allen Standorten von den Lehrpersonen betreut und begleitet, damit sie zu Hause lernen können. Die Digitalisierung erlebt je nach Lehrperson, Alter der Schülerinnen und Schüler sowie technischen Voraussetzungen zu Hause einen mehr oder weniger starken Schub.

Eltern dürfen nicht überfordert werden!

Die zum Teil sehr unterschiedlichen Handhabungen und Anforderungen an das Umfeld der Schülerinnen und Schülern macht die Situation für die Eltern enorm schwierig. Wenn sich Eltern den Alltag mit anderen Eltern gemeinsam organisiert haben, gleich nochmals und noch mehr. Man stelle sich vier Kinder vor, unterschiedlichen Alters und jedes hat seine eigenen Vorgaben von der Klassenlehrperson. Das eine Kind soll mit der E-Learning-Plattform ILIAS arbeiten, das andere bekommt seine Aufgaben via WhatsApp, das dritte bekommt seine Aufgaben per Post und das älteste braucht den Computer für den Fernunterricht. Dazu kommt, dass die Eltern auch von den unterschiedlichsten Personen informiert werden. Dies kann sowohl durch die Klassenlehrperson, durch die Schulleitung oder durch die Elternvertretung erfolgen.

Jedes einzelne Angebot für die Kinder ist toll und was die Lehrpersonen in den letzten Wochen geleistet haben ist fantastisch. Auch haben sicher viele Eltern die Lehrpersonen wieder neu schätzen gelernt und vermissen die Schulstrukturen. Was aber fast nicht leistbar ist für die Eltern im Home-Office, ist, dass sie die Kinder begleiten und alles organisieren. Dies erst recht nicht, wenn jedes Kind eine individuelle Vorgabe erhält.

Vorgaben durch das ED gefordert!

Der vpod hat mehrmals das Erziehungsdepartement auf diese spezielle Situation hingewiesen und gebeten, dass doch die Vorgaben etwas klarer und allenfalls allgemeingültiger gemacht werden sollen. Doch das ED wollte auf gar keinen Fall irgendwelche Vorgaben machen. Das Departement hat zwar für den Fernunterricht Richtlinien erarbeitet, aber diese lassen leider sehr viel Spielraum. Und auf der anderen Seite ist der Arbeitgeber: Dieser wiederum erwartet von den Eltern, die im Homeoffice arbeiten, die gleiche Leistung wie auch im Büro. Diese Zerreissprobe für viele Eltern wird wohl noch eine Weile bestehen bleiben und entsprechend belasten. ■

Chancengleichheit und Kinderrechte während Corona

Das ganze Schulsystem ist mit seinen vielen unterschiedlichen Angeboten für die Kinder und Jugendlichen so aufgebaut, dass versucht wird, möglichst Chancengleichheit zu ermöglichen. Alle diese Angebote fallen nun in der Zeit von Corona aber weg. Es gibt gut gebildete Eltern, die nun zu Hause mit ihren Kindern Französisch büffeln, quasi das kompensieren, was die Kinder in der Schule verpassen. Andere Kinder hingegen sind sich in dieser Zeit selbst überlassen. Es stellt sich nach der Krise die grosse Frage, wie die Kinder wieder einigermaßen auf den gleichen Stand gebracht werden können: Was brauchen die Kinder mit den Defiziten, dass sie wieder den Anschluss in der Schule finden können?

Das zweite Thema sind die Kinderrechte in dieser Zeit. Der Ausgleich, welchen die Schule normalerweise zwischen Elternhaus und den Kindern leistet, entfällt zurzeit. Es gibt sehr besorgte und ängstliche Eltern, die ihren Kindern jeglichen Kontakt verbieten und sie zu Hause «einsperren». Diesen Kindern fehlt der Ausgleich, aber es fehlen auch andere Bezugspersonen. Was geschieht mit diesen Kindern, wenn die Krise noch etwas länger als gedacht andauert? Auch hier könnte die Schule einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie minimale und einheitliche Vorgaben zum Thema Kinderrechte bzw. Kinderbedürfnisse in der Krise macht. ■

Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel

Grosse Herausforderungen

Bemerkungen zur Arbeit als Kindergartenlehrperson in Zeiten von Corona.

Als ich mich am Freitag, den 13. März von meinen Schüler*innen verabschiedet habe, war mir nicht bewusst, dass ich diese so lange nicht mehr sehen werde. Am gleichen Abend verkündete der Bundesrat, dass die Schulen am Montag geschlossen bleiben. Unweigerlich kam in mir die Frage auf: «Wie wird der Unterricht am Montag weitergehen?». Die Schule während der Corona-Zeit ist eine grosse Herausforderung. Als Lehrperson verändert sich der Alltag grundlegend. Der tägliche Kontakt mit den Kindern fällt auf einmal weg und man verbringt viel mehr Zeit vor dem Computer.

Jeden Tag neue Informationen

Seit diesem Moment ist viel Zeit vergangen und eine neue Realität hat sich etabliert. Aus den unterschiedlichen Informationsquellen kommen tröpfchenweise Informationen, die auf einen einprasseln. Manche Anweisungen erfordern sofort eine Reaktion, andere Informationen sind schon wieder veraltet, bis sie mich erreicht haben. Und manchmal ist es auch nur die Kollegin mit einer Frage. Ich muss momentan auf den verschiedenen Online-Kanälen sehr präsent sein, damit ich die Aufträge mit teilweise sehr kurzen Fristen termingerecht erledigen kann. Das ist sehr anspruchsvoll und erfordert viel Flexibilität, auch am Wochenende und sogar in den Ferien. So waren die Arbeitstage in der ersten Phase, als die Schulen frisch geschlossen waren, länger als sonst. Bis alle E-Mails beantwortet waren, war es oft schon spät am Abend.

Neue Unterrichtsformen und Ideen

Auch die Arbeit mit den technischen Tools erforderte eine gewisse Einarbeitungszeit. Aber da geht es glücklicherweise allen gleich. Der gelernte Umgang mit den Tools kann uns den Alltag aber auch nach der Krise erleichtern. Somit kann ich der Situation auch etwas Positives abgewinnen. Der Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung in den pädagogischen Teams erlebe ich als sehr positiv. Der Horizont für neue, andere Unterrichtsformen und -ideen wird erweitert.

Besserer Kontakt mit den Eltern

Ein weiterer positiver Aspekt ist der intensivere Austausch mit den Eltern der Kinder. Dieser führt aber auch dazu, dass man die unterschiedlichen Ansprüche der Eltern viel direkter zu spüren bekommt. Gewisse Eltern wollen, dass ihr Kind auch in der jetzigen Zeit intensiv gefördert wird und verlangen zusätzliche Aufgaben. Von anderen Eltern bekommt man kaum eine Rückmeldung.

Mit dem Fernunterricht, welcher möglicherweise nach den Ferien beginnt, wird die Herausforderung für die Eltern noch einmal grösser. Alle Kinder sollen dieselben Angebote und Möglichkeiten erhalten. Aber die Voraussetzungen sind in den verschiedenen Haushalten unterschiedlich. Wie kann ich diese Unterschiede als Lehrperson berücksichtigen, ohne die einen Kinder zu unterfordern und die andern zu überfordern? Das Aufrechterhalten der Chancengleichheit wird mit dem Fernunterricht noch einmal schwieriger. ■

Anonym, 27

Kantonshilfen zur Unterstützung der Kitas

In den beiden Basel gelten zu Corona-Zeiten unterschiedliche Regelungen hinsichtlich vorschulischer Kinderbetreuung. Der VPOD fordert, dass auch Basel-Land mit finanziellen Zuschüssen die Einkommensausfälle der Kitas kompensiert.

Der vpod region basel fordert einheitliche Richtlinien für die vorschulische Kinderbetreuung in den beiden Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Der Bundesrat verpflichtet mit der COVID-19-Verordnung 2 die Kantone, ein Betreuungsangebot für Kinder aufrechtzuerhalten, die nicht privat betreut werden können. Er macht jedoch keine konkreten Angaben zur Umsetzung und zur Finanzierung der Betreuung. Das hat zur Folge, dass die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt jetzt unterschiedliche Regelungen getroffen haben.

Im Kanton Basel-Stadt sind die Kitas grundsätzlich geschlossen und erhalten zusätzliche finanzielle Beiträge, damit sie den Ausfall der Elternbeiträge kompensieren können. Im Kanton Basel-Landschaft sind die Kitas eigentlich offen, aber nur für Eltern in Gesundheitsberufen oder mit anderen «zwingenden Arbeitsverpflichtungen». Für die Kitas im Kanton Basel-Landschaft haben die Empfehlungen zur Folge, dass sie einen stark verminderten Betrieb bei gleichbleibenden Kosten haben. Der Kanton stellt hier den Gemeinden Geld zur Verfügung, damit diese wiederum die Kitas unterstützen können.

Einheitliche Regelung gefordert

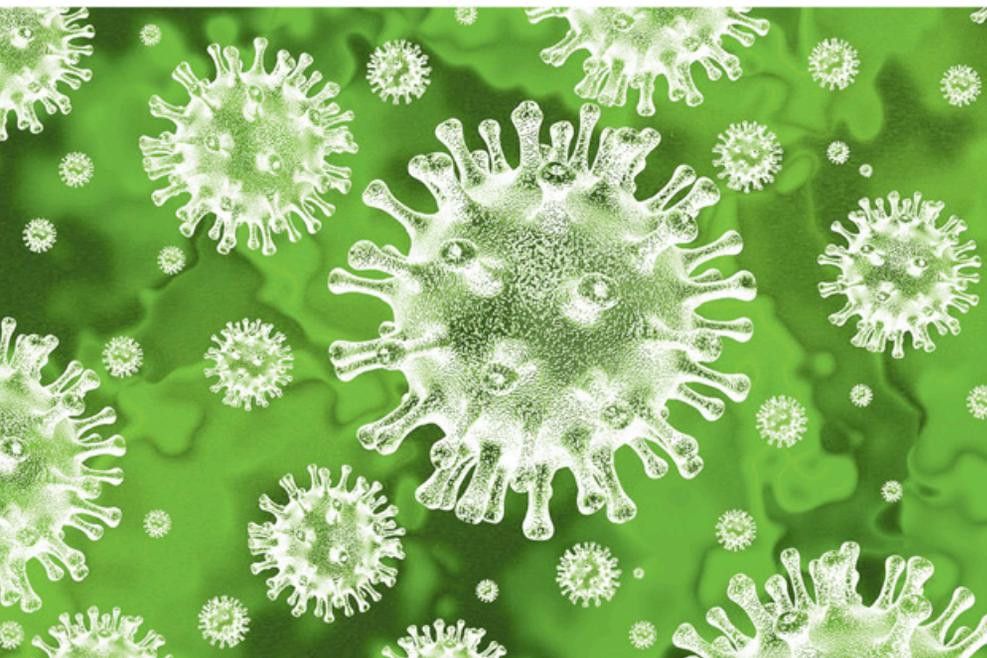
Diese unterschiedlichen Handhabungen verunsichern sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Arbeitgebenden, denn in der äusserst kleinräumigen Region Basel ist man sich offensichtlich dieser Unterschiede bei der Kinderbetreuung nicht bewusst. Nach anfänglicher Kulanz verlangen Arbeitgeber vermehrt, dass die Eltern ihre Kinder in die Kita bringen und zur Arbeit erscheinen bzw. ihrer Arbeit im Homeoffice nachgehen. Das alles ohne dabei der Herausforderung von gleichzeitiger Kinderbetreuung Rechnung zu tragen. Dazu kommt, dass sich immer mehr Arbeitgeber als «systemrelevant» einstufen und die Arbeitsverpflichtung als zwingend erachten. Die Differenzen und Unklarheiten führen zu vielen unnötigen Missverständnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden, in einer sowieso schwierigen und belastenden Zeit. Der vpod region basel fordert deshalb den Kanton Basel-Landschaft in einer Medienmitteilung auf, die Lösung in Bezug auf die Kitas von Basel-Stadt zu übernehmen und diese dementsprechend zu finanzieren. Damit würde nämlich auch verhindert, dass die mühsam aufgebauten Strukturen der Kitas kaputt gehen. Zudem sollen beide Kantone klar kommunizieren, was denn wichtige Arbeiten – also «systemrelevante» bzw. «zwingende» Arbeitsverpflichtungen – sind, bei denen die Eltern einen Betreuungsplatz in dieser Zeit zu Gute haben.

Eine generelle Bitte an alle ist, ein Bewusstsein für die schwierige Situation der Eltern in der Corona-Krise zu entwickeln, denn Homeoffice bei gleichzeitiger Kinderbetreuung ist schlicht fast unmöglich und die Situation wird sich mit dem Fernunterricht weiter verschärfen. ■

Kerstin Wenk, VPOD-Regionalsekretärin Basel

Bildungspolitik in Zeiten der Corona-Pandemie

Eindrücke aus dem Kanton Bern.



Ausgerechnet an einem Freitag, dem 13. beschliesst der Bundesrat, dass alle Schulen, Berufs- und Fachhochschulen sowie die Universitäten ab dem darauffolgenden Montag (16.3.) geschlossen werden. Schulleitungen und Lehrpersonen haben nicht viel mehr als ein Wochenende, um den Schulbetrieb auf E-Learning umzustellen. Und auch für viele Eltern bedeutet die Schulschliessung eine organisatorische Höchstleistung. Wer übernimmt die Aufsicht beim Homeschooling? Wer die Betreuung in der Freizeit? Die Grosseltern dürfen nicht einspringen, der Kontakt zu ihnen ist nicht erlaubt. Gemeinsamer Unterricht mit NachbarInnen wird bald untersagt, wenn mehr als fünf Kinder beisammen sind. Der Regierungsrat des Kantons reagierte rasch und schaltete laufend aktualisierte Informationen für die MitarbeiterInnen der kantonalen Verwaltung auf. Die Bildungs- und Kulturdirektion folgte mit spezifischen Informationen für Schulleitungen und Lehrpersonen.

Fragen und Forderungen

Für die GewerkschaftssekretärInnen bedeutet die Pandemie in allen den Bereichen, die wir betreuen, viele Fragen und Beratungen, auch im Bildungsbereich: «Ich bin als Stellvertreter angestellt – verliere ich die Stelle, wenn die Kollegin ihren Bildungsurlaub nicht antreten kann?», «Ich arbeite als Klassenhilfe und Stundenlohnbasis – wie wird mein Lohn jetzt berechnet, habe ich

überhaupt Anspruch auf Lohnfortzahlung?», «Ich arbeite im Schulsekretariat – kann der Schulleiter mich am Sonntagabend anrufen um zu sagen, dass ich am Montag nicht zur Arbeit kommen muss?» ... Dies sind nur ein paar Beispiele und es sind Fragen, die rasch beantwortet werden können. Schwieriger wird es, wenn sich KollegInnen melden und über die zusätzliche Arbeitsbelastung klagen. Homeschooling bedeutet für die Lehrpersonen nicht nur, sich mit Technik herumschlagen zu müssen. Die Vorbereitung des Lernstoffes, weg vom direkten Unterricht in der Klasse, muss neu gedacht werden. Und ganz besonders braucht die 1:1-Betreuung von zuhause aus viel mehr Aufmerksamkeit und Gespür der Lehrperson und viel mehr zeitlichen Aufwand. Häufig kann diese 1:1-Betreuung erst nach dem «Klassenunterricht» stattfinden. Und schliesslich verleitet der Fernunterricht auch dazu, dauernd präsent zu sein. Für die Anliegen der Eltern, für die der SchülerInnen. Der Austausch mit dem Kollegium ist eingeschränkt. Die Abgrenzung fordert viel Kraft.

Der VPOD Bern fordert deshalb alle Lehrpersonen auf, die Arbeitszeit zu erfassen. Zum Selbstschutz, zur Selbstreflexion und auch, um den Mehraufwand zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls gegenüber der Schulleitung und vielleicht sogar gegenüber der Politik belegen zu können. Aus Sicht des VPOD werden die Schuldirektionen nach der Pandemie Homeschooling, dessen Umsetzung und die Konsequenzen für die Arbeit der Lehrpersonen genau analysieren und für die Zukunft Konzepte erarbeiten und bereithalten müssen.

Lernen in und von besonderen Umständen

Wie Lehrpersonen, Schulleiter, Eltern und Kinder diese noch nie dagewesene Situation erleben, wie sie damit umgehen und welche Schlüsse sie für die Zukunft ziehen, das ist eindrücklich in den folgenden Interviews (S. 9-14) zu lesen.

Der Lehrberuf lebt vom Kontakt mit den SchülerInnen. Soziale Kontakte sind durch nichts zu ersetzen, das gilt ganz besonders auch für SchülerInnen, Lernende und Studierende. Und das gilt ebenso für den Unterricht vor Ort – denn Lernen bedeutet auch, über das Anfassen von Dingen etwas zu verstehen und zu begreifen. In diesem Sinne hoffen wir, wie die beiden Kinder im Interview S. 14, dass die «richtige» Schule bald wieder öffnen kann.

Allen Lehrerinnen- und Lehrern, Dozierenden und Schulleitungen an dieser Stelle ein grosses MERCI für ihr riesiges Engagement. Den Eltern wünschen wir viel Kraft und Geduld mit ihren Kindern beim Homeschooling, Eltern und Lehrpersonen viel Verständnis für ihre jeweiligen Herausforderungen in dieser speziellen Zeit – und hoffentlich darüber hinaus. ■

Béatrice Stucki, VPOD-Regionalsekretärin Bern

Stets aktualisierte Infos für Schulleitungen und Lehrpersonen unter:
<https://www.erz.be.ch/erz/de/index/direktion/ueber-die-direktion/dossiers/pandemie.html>

Für kantonale Angestellte:

https://www.besondere-lage.sites.be.ch/besondere-lage_sites/de/index/corona/index.html

Alle werden auch regelmässig über das «BEinfo-Flash» über Neuerungen informiert.

Viel Arbeit für die Klassenlehrpersonen

Ein Interview mit **Katrin Zurbuchen, Lehrerin an einer 1. Klasse der Schule Altikofen, Worblaufen.**

Seit Mitte März sind die Schulen geschlossen, der Unterricht erfolgt virtuell. **Wie ist die Umstellung an deiner Schule verlaufen?** Die Umstellung kam etwas plötzlich für uns. Wir wussten nicht recht, wo mit der Arbeit anfangen. Es gab auch keine allgemeinen Tipps und Tricks, denn es ist ein Riesenunterschied, ob ich an einer Unterstufe oder Mittelstufe unterrichte. Ich persönlich habe damit gekämpft, ein möglichst ausgeglichenes Programm zusammenzustellen, das so selbsterklärend wie möglich ist. Ich wusste, dass viele die Sprache schlecht verstehen und die Kinder auf die Hilfe der Eltern angewiesen sind. Nicht alle meiner Kinder haben einen Computer zur Verfügung. Die älteren Schülerinnen und Schüler (SuS) haben mehr Möglichkeiten, direkt mit der Lehrperson Kontakt zu haben.

Auch das Kollegium ist wichtig. Wie organisiert ihr euch? Wir kommunizieren regelmässig und tauschen Ideen aus.

Für die Eltern ist Homeschooling ebenfalls neu. Habt ihr Zeit und Möglichkeiten sie zu unterstützen, zu beraten? Die Eltern melden sich, um Erklärungen zu bekommen. Teilweise gibt es auch Familienbegleiter und Heilpädagoginnen, die noch gezielter helfen, indem sie z.B. versuchen, die Eltern zu coachen, damit ihre Kinder eine gute Tagesstruktur bekommen. Falls das Homeschooling nach den Ferien weitergeht, werden wir uns im Klassenteam die Arbeit für regelmässige Anrufe und Erklärungen aufteilen, eventuell auch für Unterrichtssequenzen via Telefon oder ähnliches.

Für Kinder aus bildungsferneren Familien oder für Kinder mit Lernschwierigkeiten bedeutet Homeschooling wahrscheinlich, dass sie ihre Lernziele nicht erreichen werden. Kennst du betroffene Kinder in deiner Klasse und kannst du sie gezielt begleiten? In meiner Klasse gibt es mehrere solche Kinder. Ich kann noch nicht so abschätzen, ob sie wirklich grössere Lücken haben werden, als wenn sie den Regelunterricht in einer grossen Klasse besucht hätten. Es gibt Kinder und Eltern, die ich sehr regelmässig unterstütze. Die Kinder machen wahrscheinlich teilweise grosse Fortschritte, was die Selbständigkeit angeht. Vielleicht haben einige Kinder gewisse Lernziele Ende Jahr nicht erreicht, dafür andere Fertigkeiten erworben. Ich sehe das nicht so eng.

Habt ihr an eurer Schule Szenarien entwickelt, wie ihr sie gezielt fördern wollt, wenn die Schule wieder öffnet? Das haben wir noch nicht besprochen. Ich stelle mir vor, dass wir schauen werden, wo die einzelnen SuS stehen und dann entsprechende Massnahmen ergreifen müssen. Zum Beispiel gezielte Förderung bei der Heilpädagogin oder in kleinen Gruppen. Sicher wird das stärker im Vordergrund stehen, was jetzt nur beschränkt möglich ist: Das Soziale, die Arbeit in Gruppen, gemeinsames Singen, sportliche Aktivitäten...

Hast du Forderungen an die Politik für den (zukünftigen) Umgang mit solchen Krisensituationen? Wie auch während des normalen Unterrichts liegt ein grosser Teil der Arbeit an den Klassenlehrpersonen. Die Zeit, die ich für meine Klasse aufwende, liegt bei rund vier Stunden pro Woche. Bezahlt bekomme ich eine Wochenlektion. Da gibt es Handlungsbedarf! ■

Deine Arbeit als Lehrerin «lebt» vom direkten Kontakt mit den SuS. Fehlen sie dir? Wie gehst du damit um?

Ja, vor allem am Anfang haben mir die Kinder sehr gefehlt. Nun habe ich aber zunehmend Freude daran bekommen, Ideen auszutüfteln und meine Kreativität einzusetzen. Ich habe täglich per Whatsapp Geschichten erzählt. Später werde ich ein Morgenturnen per Video anbieten und vielleicht ein kleines Video zu «Kochen und Backen». Ich bekomme viele Feedbacks und so fühle ich mich mit den SuS verbunden. Ich stehe in engem Kontakt mit den Eltern und zum Teil auch mit den Kindern. Ich habe alle angerufen, um zu fragen, wie es bei ihnen läuft und was sie von mir allenfalls zusätzlich brauchen. Jeden Tag bekomme ich Nachrichten und Aufgaben zugeschickt. Ab und zu ruft ein Kind an, um etwas zu fragen. Gestern habe ich einen langen Spaziergang gemacht, um allen SuS ein dickes Couvert mit Material in den Briefkasten zu legen. Teilweise lerne ich die Kinder und Eltern noch besser kennen als im täglichen Unterricht, wo alles oft recht stressig ist.



Gefahr, dass uns die Politik in den Rücken fällt

Ein Interview mit **Martina Meier, Lehrerin für Biologie am Gymnasium Lerbermatt, Köniz.**



Wie hast du reagiert, als du von der Schulschliessung erfahren hast? Ich fand es richtig. Wie viele andere BürgerInnen auch, versuchte ich mich so gut wie möglich zu informieren. Die Schulleitung unseres Gymnasiums, bestehend aus mehreren Personen, schrieb allen über 100 Lehrkräften am Freitagabend, nachdem der Regierungsrat des Kantons Bern die Umsetzung der Bundesratsverordnung bekanntgegeben hatte, per Mail, wann wir uns am Montag, 16.3. treffen würden. Am Wochenende folgte dann die Präzisierung: Die Hälfte des Kollegiums am Mittag, die zweite Hälfte nach dem Mittag, damit wir die Abstände einhalten konnten. Ich fand die Organisation gut und schätzte auch, dass die Schülerinnen und Schüler ebenfalls direkt von der Schulleitung informiert wurden.

Ihr hattet gerade mal ein Wochenende Zeit für die Umstellung. Wie lief das für dich? Ich ordnete meine Unterlagen für die sechs Klassen und schrieb mir auf, welches Material ich in der Schule holen musste. Ich nahm mir vor, die Schülerinnen und Schüler (SuS) in der ersten Woche nicht mit Schulstoff zu belasten, sondern nur über das Virus zu informieren (als Biologielehrerin fühlte ich mich schon ab Mitte Februar mitverantwortlich für die adäquate Aufklärung rund um die Pandemie). Ich schrieb am Wochenende also meine Infoblätter.

Konntet ihr im Kollegium mitbestimmen, wie man sich in der neuen Situation organisiert? Ja und nein. Verständlicherweise konnten wir nichts dazu sagen, wie der 16. März gestaltet wurde, denn da wäre Basisdemokratie nur hinderlich gewesen. Die mehrköpfige Schulleitung (SL) hatte sich übers Wochenende abgesprochen und teilte uns die wichtigsten Dinge an der LehrerInnen-Konferenz in der Aula mit. Eine Diskussion gab es nicht, wir konnten einfach Rückfragen stellen.

Was ich aber sehr schätzte, war, dass uns kein bestimmtes Unterrichtsinstrument aufgezwungen wurde. Es hiess ausdrücklich, wir könnten frei wählen, wie wir mit unseren SuS den Unterricht aus der Ferne gestalten. Es wurde einfach informiert, welche KollegInnen bereits welche Tools gut kannten und sich zur Verfügung stellten, um andere darin zu unterrichten. Weiter fand ich gut, dass die SL betonte, wir könnten von den SuS nicht dasselbe erwarten wie im Präsenzunterricht. Sie forderte uns auf, die Lernziele anzupassen, ohne dies an die grosse Glocke zu hängen. Ich war auch froh, gab es bisher keine weiteren Konferenzen. Die wichtigsten Infos teilte unsere SL uns per Mail mit.

Wie haben die Schülerinnen und Schüler reagiert? Wie schaffst du es, dein Fach anschaulich zu unterrichten? Am Gymnasium haben wir ja den grossen Vorteil, dass alle SuS eine funktionierende E-Mail-Adresse haben, über ein Notebook verfügen und auch gewohnt sind,

selbständig zu arbeiten. Ich kann von direkten und indirekten Rückmeldungen schliessen, dass es für die SuS so in Ordnung war. Auch andere Lehrkräfte berichteten, dass es bei ihren Leuten soweit gut lief. Ich schickte einmal in der Woche Infoblätter und Übungsfragen, später legte ich auch Powerpoints auf dem Sharepoint ab. Zuerst vor allem zu Immunbiologie und Epidemiologie, in zwei Klassen dann auch zu anderem Schulstoff. Ich benutzte keine Tools, für die ich zuerst einen Kurs hätte besuchen müssen. Ich versuchte erst gar nicht, Echtunterricht mit digitalen Mitteln zu imitieren, um dann doch bloss zu scheitern. Ich verhielt mich eher nach dem Motto: Weniger ist mehr. Ich machte relativ viele freiwillige Angebote (darunter auch attraktive wie draussen beobachten), liess die SuS ihre Übungsaufgaben selbst korrigieren (nachdem ich das Lösungsblatt geschickt hatte) und verlangte nur eine summarische Bestätigung, dass sie meine Unterlagen erhalten haben. Bei denen, die mir – obwohl ich es nicht verlangte – ihre Aufgaben schickten, sah ich das, was auch im SOL-Unterricht (Selbstorganisiertes Lernen) oft passiert: Die Aufgaben wurden oberflächlich gemacht, das Wichtige wurde oft übersehen. SuS sind – aus verständlichen Gründen, weil unsere Gesellschaft so funktioniert – im Abhak- und Erledigungsmodus. Dies kann ich im Echtunterricht ein bisschen aufweichen, im Fernunterricht ist dies nicht mehr möglich. Ich muss also damit leben, dass ich den schwächeren SuS die Dinge weniger gut erklären kann und generell Zusammenhänge und Modellvorstellungen schlechter vermitteln kann.

Viele Lehrpersonen betonen, Homeschooling bedeute einen grossen Mehraufwand für sie. Wie siehst du das?

Das ist ohne Zweifel so, insbesondere, wenn man neue digitale Instrumente ausprobiert und die SuS mit spielerischen Angeboten ständig zu motivieren versucht. Zusätzlich kommt die Schwierigkeit der Bewertung und der Rückmeldungen. Im Prinzip müsste man jedem Schüler, jeder Schülerin die Aufgabenblätter und Übungen korrigiert zurückschicken, oft auch noch mit einem Kommentar, wie er/sie sich verbessern kann. Hat man ein volles Pensum, wären das am Gymnasium in Biologie circa 190 SuS, die vielleicht 1-2 Mal pro Monat eine schriftliche Rückmeldung bräuchten. Das ist schlicht nicht zu schaffen. Der Kanton Bern gibt für die Gymnasien die Zahl der Noten vor, was im Prinzip darauf hinausläuft, dass ich in vielen Klassen noch eine digitale Probe durchführen sollte (wie ich dies bewerkstellige, ist mir jedoch noch unklar).

Grundsätzlich ist die Unterrichtsvorbereitung viel aufwändiger: Dinge, die man der Klasse kurz mündlich erklären kann, muss man umständlich schriftlich formulieren; wenn man mit digitalen Plattformen arbeitet, hat man – vor allem zu Beginn – einen enormen Aufwand, bis alles funktioniert. Weiter sind die Absprachen zwischen den Lehrkräften aufwändig: Dies trifft die Gymnasien weniger, das gilt vor allem für die Sek I sowie für die Primarschule. Diese Lehrkräfte arbeiten zur Zeit extrem hart, denn sie müssen zudem mit den Eltern zusammenarbeiten, selber neue digitale Tools lernen, den Kindern oder deren Eltern helfen, diese Tools zu bedienen – und dies dann, wenn die Eltern mal eine Minute Zeit haben (das kann unter Umständen erst abends um 21 Uhr sein). Dazu sollten sie auch jedem Kind einmal oder mehrmals pro Woche zu den

Aufgaben eine Rückmeldung schicken. Das läuft darauf hinaus, dass man Stunden und Tage am Telefon und an Videokonferenzen verbringt und dann die eigentliche Arbeit, das Vorbereiten und das Korrigieren, noch nicht gemacht ist. Ein Albtraum.

Wie gehst du damit um? Ich habe akzeptiert, dass während der Corona-Epidemie ein normaler Unterricht mit all seinen Qualitäten nicht zu leisten ist. Ich versuche auch, standfest zu bleiben und mich von keiner Seite unter Druck setzen zu lassen. Weiter schreibe ich konsequent meinen Arbeitsaufwand auf.

Welche, allenfalls politischen, Massnahmen siehst du für den Umgang mit derartigen Extremsituationen? Welche müssen oder können getroffen werden für die Zukunft? Ich denke, die Bildungsdirektionen müssten den SchulleiterInnen und Lehrkräften den Rücken stärken und zulassen, dass die Lehrpläne nicht erfüllt werden können. Weiter wäre es hilfreich, wenn man darauf verzichten würde, dass die Lehrkräfte ständig Rückmeldungen zu Leistungen geben müssten. Jede Schule, die noch nicht professionelle IT-Verantwortliche hat, müsste solche gestellt bekommen, denn es kann nicht sein, dass das Lehrerkollegium X gut funktioniert, weil zufällig der Schulleiter ein Informatikcrack ist, und Schule Y grossen Stress hat, weil dort niemand viel Vorwissen zu digitalen Tools besitzt.

Als ersten Schritt sollten die Behörden sehen, wer wie viel Mehrarbeit leistet. Deshalb wäre es gut, wenn alle Schulleitungen ihre Lehrpersonen auffordern würden, die Arbeitszeit zu erfassen.¹

Sehr wichtig ist auch, dass man den Wert des Präsenzunterrichts oder «Echtunterrichts», wie ich ihn nenne, adäquat einschätzt. Nachdem wir diese Pandemie hoffentlich glimpflich überstanden haben werden, soll es nicht heissen, der Fernunterricht war ja kein Problem, wir können auf den als altmodisch empfundenen Präsenzunterricht weitgehend verzichten.² Dies wäre fatal.

Fernunterricht mit geeigneten digitalen Mitteln bietet für gewisse junge Menschen tatsächlich einige positive Aspekte, die man gerne für die Zukunft mitnehmen darf. Aber:

- Sehr viele Eltern können ihren Kindern die Unterstützung, die sie im Fernunterrichtssystem oder bei gewissen selbständigen Arbeiten brauchen, nicht geben – bestehende Ungleichheiten werden also verstärkt.
- Die allermeisten SuS sind direkt auf die Präsenz von MitschülerInnen und physisch anwesenden Lehrkräften angewiesen, weil Lernen eben ein sozialer Akt ist.
- Vieles ist virtuell nicht vermittelbar. Für eine ganzheitliche, menschliche Bildung ist die konkrete Anwesenheit der Lernenden sowie auch der Lehrenden unabdingbar. Für viele Fächer führt Digitalunterricht zu einer Qualitätsverschlechterung, z.B. für Hauswirtschaft, Sport, Zeichnen, Biologie usw.

Es besteht von mir aus gesehen die echte Gefahr, dass die Politik den Lehrkräften in den Rücken fällt. Deshalb sollten wir uns wehren: Die Bildungsdirektionen dürfen keinen Druck auf die Schulen ausüben, sich Hals über Kopf zu digitalisieren! Weiter muss der Aufwand für das Dokumentieren von Leistungen (damit man gültige Zeugnisse abgeben kann) in Grenzen gehalten werden. Den Lehrpersonen muss offiziell erlaubt werden, vom Lehrplan abzuweichen. Wie auch Margrit Stamm sagte: Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Kinder und Jugendlichen in der Coronazeit die im Lehrplan formulierten Ziele erreichen können. Dafür werden sie Anderes gelernt haben, das auch wertvoll ist. ■

¹ Ich habe meine Schulleitung gebeten, die Arbeitszeiterfassung anzuregen. Dies wurde positiv aufgenommen und im Newsletter der Schule allen Lehrkräften mitgeteilt.

² In der NZZ äussern sich Kommentatoren dahingehend, dass die Krise endlich den digitalen Schub in die Schulen gebracht habe, der längst fällig gewesen sei. Auch der Leiter der PISA Studien der OECD, Andreas Schleicher, machte die Lehrkräfte schlecht, weil sie bisher zu wenig in «digitale pädagogische Konzepte» investiert hätten (Echo der Zeit, 6.4.2020). Hier liegt eine fatale Verwechslung vor: Pädagogische Konzepte können digitale Mittel fürs Lernen einschliessen, stellen selbst jedoch kein pädagogisches Konzept dar...

Ein Interview mit Stefan Müller, Lehrer Allgemeinbildender Unterricht und Fachunterricht InformatikerIn EFZ, gibb Berufsfachschule Bern.



Die Schwächsten verpassen im Fernunterricht am meisten

Du unterrichtest ABU (allgemeinbildender Unterricht) für BerufsschülerInnen. Was ist beim E-Learning die grösste Herausforderung? Wie die meisten Berufsfachschulen ist auch die gibb Bern seit einiger Zeit am E-Learning dran. Die Basisinfrastruktur stand bereits. Unsere Lernenden können in der Regel gut mit Informatikmitteln umgehen, und was Videokommunikation angeht, hatten viele von uns LehrerInnen mehr zu lernen als unsere Lernenden.

Die grösste Herausforderung ist für mich nicht das E-Learning, sondern das Distant-Teaching. Über Videokonferenzen ist es viel schwieriger, rechtzeitig herauszufinden, dass der Lernende A die Aufgabenstellung nicht begreift und die Lernende B sich zwar im virtuellen Klassenzimmer eingeloggt, heute aber absolut null Bock auf ABU hat.

Natürlich kann man da in der Sek-II-Stufe auf Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und so pochen. Aber mit meinem persönlichen Lehrer-Selbstverständnis stimmt das nicht überein. Es sind gerade die Schwächsten, diejenigen mit den schwersten Rucksäcken, die im Fernunterricht am meisten verpassen. Deshalb, und weil im virtuellen Klassenzimmer die Peer-Hilfe viel weniger greift, benötige ich viel Zeit für die 1:1-Betreuung.

Baust du Themen rund um die Pandemie in den ABU-Unterricht ein? Das hängt von der Klasse ab. Für viele Lernende ist das Thema derart omnipräsent, dass sie mich baten, einfach ABU gemäss Lehrmittel zu machen. In einer anderen, sehr engagierten Klasse kamen sogar die verfassungsrechtlichen Aspekte der Bundesratsbe-

«Weil im virtuellen Klassenzimmer die Peer-Hilfe viel weniger greift, benötige ich viel Zeit für die 1:1-Betreuung.»

schlüsse zur Sprache! Für mich wichtiger ist, dass ich mit allen Lernenden regelmässig 1:1-Kontakt habe und dabei fragen kann, wie es ihnen im Betrieb geht, ob sie Homeoffice machen, wie die Situation zuhause ist, etc.

Spürst du, dass Jugendliche Angst haben, den Job zu verlieren? Ich unterrichte momentan hauptsächlich Informatik-Lernende, und diese sind in Bezug auf den Arbeitsmarkt generell optimistisch eingestellt. Das ist bei anderen Berufen sicher schwieriger. Aber

immerhin hat der Bundesrat beschlossen, Kurzarbeit auch für Lehrverhältnisse anzuwenden.

Welchen Eindruck hast du, wie die Jugendlichen mit der aktuellen Situation umgehen? Mit der Situation am Arbeitsplatz können meine Lernenden erstaunlich gut umgehen. Für die Abschlussklassen war wichtig zu wissen, dass die Lehrabschlüsse gesichert sind. Die Einschränkungen in der Freizeit werden bedauert – bisher verspüre ich aber viel Verständnis. Ich glaube, die Bilder aus Bergamo haben vielen die Augen geöffnet. Und dann hilft sicher auch, dass ihre Peer-to-Peer-Kommunikation schon lange in den sozialen Medien stattfindet, obwohl wir Alten das immer kritisierten. ■

Online-Fernunterricht zehrt an den Kräften

Ein Interview mit Erwin Hurni, Musikschullehrer (Sologesang) an der Musikschule Region Gürbetal, Belp.



Die Corona-Pandemie trifft auch die Musikschulen. War die Schule darauf vorbereitet? Unsere Musikschule hatte den genau gleichen Vorlauf wie die anderen Schulen auch. Man wusste, dass da was im Anmarsch sein könnte. In der Woche vom 9. März war der Unterricht mit den verschärften Weisungen schon erschwert. Am Freitag, den 13. März wurden wir dann kurz vor 17 Uhr von unserer Schulleitung informiert, dass am Montag Präsenzunterricht nicht mehr stattfinden darf und man sich auf Fernunterricht einstellen solle. Also: Die Schule war nicht auf eine Pandemie solchen Ausmasses vorbereitet.

Wie weit hängt die Unterrichtsqualität von der IT-Affinität der Lehrperson ab? Die Möglichkeiten der IT werden sehr unterschiedlich genutzt. Ich weiss von Lehrkräften, die per Telefon und Festnetzanschluss unterrichten. Es gibt aber viele, die schon vor Covid-19 verschiedene digitale Mittel nutzten. Diese Personen verstärkten nun den Einsatz dieser Kanäle und bauten ihre Nutzerfertigkeiten aus.

Bekommt ihr die notwendigen Einrichtungen und genügend Support? Da wir es gewohnt sind, Einzelkämpfer zu sein, haben wir selbst individuelle Wege und Lösungen gesucht. Es wurden einzelne Hilfen zur Verfügung gestellt, die aber entweder fast gar nicht genutzt werden oder meiner Meinung nach nicht anwendbar sind.

Musikunterricht via Homeschooling. Wie muss ich mir das vorstellen? Bei mir funktioniert es im Moment mit den meisten Schülerinnen und Schülern (SuS) so: Zur ausgemachten Zeit lade ich die Schülerin oder den Schüler zu einem Meeting auf der Plattform Zoom ein (hier ist die Tonqualität am besten). Ich sitze daheim am Klavier, Kopfhörer und Mikrofon sind montiert. Erst wird besprochen, was gearbeitet wurde, ob alles klar und verständlich war; dann werden allfällige Fragen geklärt. Da es wegen dem Delay (Zeitverzögerungseffekt

bei Online-Video-Kommunikation) fast unmöglich ist, die SuS am Klavier zu begleiten, habe ich mit fast allen SuS andere Schwerpunkte als singen gesetzt. Es wird an Songs geschrieben, Klavier geübt oder Theorie und Diktion geübt.

Ist Homeschooling aus deiner Sicht aufwändiger als Unterricht «face to face»? Ja. Da die Konzentration abnimmt und der Frust über die Faiblesen des Internets nach 20 Minuten zunimmt, vereinbare ich mit allen zwei Meetings pro Woche. Durch die Weiterbetreuung via Text- und Videonachrichten hat sich meine Präsenzzeit mehr als verdoppelt.

Wie geht es dir damit? Und wie den SuS? Der Online-Fernunterricht zehrt unglaublich an den Kräften. Kann ich mit Präsenzunterricht locker sechs SuS nacheinander unterrichten, sind es im Moment höchstens drei. Dieser Mikro-Focus auf den Bildschirm mit unsäglicher Qualität verhindert fast völlig, das zu bieten, was ich kann. Es ist eine leidige Überbrückungslösung, die völlig unbefriedigend ist. Die SuS nehmen es gelassener. Es fällt mir nun aber auf, dass bei vielen langsam eine Sättigung einsetzt.

Wie sieht es mit dem Datenschutz aus? Der Datenschutz wird im Moment völlig vernachlässigt, und das finde ich bedenklich. Vor der Pandemie war eine grosse Skepsis gegenüber WhatsApp vorhanden, man bekam Empfehlungen, auf andere Apps auszuweichen, die nicht mit Facebook verlinkt sind, Schulen sollten WhatsApp gar nicht nutzen. Das wurde nun alles mehr oder weniger stillschweigend und sehr schnell über Bord geworfen. WhatsApp wird empfohlen, die unsägliche Datenkrake Zoom auch. Es scheint auch überhaupt kein Problem mehr zu sein, wenn Unterrichtende sich per Video-Chat ins Kinderzimmer der SuS einklinken...

Einige Musikschulen beantragen Kurzarbeit. Warum und was hat das bei dir und deinen KollegInnen ausgelöst? Die Erklärungen, die mit der Mitteilung, dass unsere Musikschule Kurzarbeit beantragt, geliefert wurden, waren ungenügend. Die Verunsicherung war gross. Wir hatten weniger als zwölf Stunden Zeit, unser OK dazu zu geben. Was sind die Konsequenzen? Ist das rechtlich sauber, was da läuft? Ich war froh, vom VPOD sofort Antwort auf meine Fragen erhalten zu haben. ■

Schnelle Lernprozesse

Ein Interview mit
Roland Näf, Schulleiter
Schule Seidenberg,
Muri-Gümligen
Grossrat SP.



Kam die Schliessung der Schulen für dich als Schulleiter überraschend? Ja, ich rechnete nicht damit, dass der Bundesrat so weit gehen würde. Die Information kam am Freitagnachmittag zu einem Zeitpunkt, als viele Schülerinnen und Schüler (SuS) bereits auf dem Heimweg waren. Ich war auch überrascht von diesem harten Entscheid, weil die Auswirkungen für viele Familien und insbesondere die Kinder schwierig sind. Aber vor dem Hintergrund der Gefahr des Virus habe ich Verständnis für diesen Entscheid.

Informatik ist dein «Steckenpferd» als Lehrer. Wie sieht es im Kollegium aus? Ist E-Learning eine Herausforderung für die Lehrpersonen? Es ist eine grosse Herausforderung. Gleichzeitig bin ich überrascht, wie schnell die Lehrpersonen und die SuS dazulernen und nach wenigen Tagen mit den technischen Möglichkeiten sehr kompetent umgehen. Was ich teilweise während über 20 Jahren als Schulleiter nicht «schmackhaft» machen konnte, ist jetzt selbstverständlich. Erwähnen muss ich aber auch, dass wir an unserer Schule über ausgezeichnete technische Möglichkeiten verfügen. Alle SuS haben zuhause einen Laptop der Schule und können über «Microsoft Teams» kommunizieren, Projekte bearbeiten und Aufträge umsetzen. Die Erfahrungen mit E-Learning im Fernunterricht werden sich auf den Unterricht nach der Corona-Krise auswirken, und zwar wird der stärkere Einbezug des E-Learnings die Individualisierung fördern.

«Mit der Schulschliessung werden Lehrpersonen zu Handwerkern, denen der Werkzeugkoffer geklaut wurde!»

Wie ist die Umstellung auf diese Art Schulunterricht abgelaufen? Mit den ausgezeichneten technischen Voraussetzungen sind wir privilegiert, es ist sehr gut angelaufen. Allerdings habe ich die Lehrpersonen gebeten, beim Erteilen von Aufträgen in erster Linie an die Gesundheit von SuS sowie von ihnen selbst zu denken. Aus meiner Sicht wäre es der falsche Ansatz, sich an den Fächern bzw. dem Lehrplan zu orientieren. Ich empfehle, sich bei Aufträgen und Projekten im Fernunterricht von folgenden vier Bereichen leiten zu lassen: Kreativität, Spiel und Bewegung, Digital Learning, Lesen/Hören. Anzumerken ist, dass wir alle am Lernen sind und Perfektion nicht das Ziel sein kann.

Ein besonderes Merkmal – und Plus für viele Lehrpersonen – ist der direkte Kontakt mit den SuS. Das fällt jetzt praktisch weg. Wie gehen sie damit um? Wie begleitest du sie in dieser Situation? Fernunterricht kann niemals die Präsenz vor Ort ersetzen, wir würden sozial verkümmern. Zwar ist mit den digitalen Kommunikationsmöglichkeiten wie Videokonferenzen und Internetplattformen der Kontakt weiterhin möglich und wird auch stark genutzt. Aber worauf beruht der Erfolg des Unterrichts, mit dem Lehrpersonen ihre SuS «bei der Stange halten»? Ein aufmunterndes Lächeln, ein kurzes Nicken, eine vielsagende Geste oder eine klare Forderung in ihrem Blick, der Motor des Alltags im Schulzimmer und das, was die Pädagogik mit «Beziehungsebene» zusammenfasst. Wir wissen, was auch bei Erwachsenen rhetorische Präsenz und Empathie bewirkt. Was gute Schule ebenfalls ausmacht, ist das Gemeinschaftliche, das Zusammensein. Das fällt weg! Mit der Schulschliessung werden Lehrpersonen zu Handwerkern, denen der Werkzeugkoffer geklaut wurde! Das bedeutet Stress. Mein Beitrag als Schulleiter ist auch in dieser Situation der gleiche wie im gewohnten Schulalltag: die Lehrpersonen unterstützen und ihnen den Rücken freihalten, damit sie sich dem Unterricht widmen können. Gleichzeitig berate ich Lehrpersonen oft auch technisch in Bezug auf den Einsatz der Informationstechnologien.

Ende Schuljahr wirst du pensioniert – eine heftige Herausforderung zum Abschluss deines Berufslebens? Ja, es ist ein eigenartiger Abschluss meines Berufslebens. Ich erlebe ihn nicht in erster Linie als Herausforderung, denn Zeit habe ich genug und die Informatik im Griff. Aber mir fehlen wie wohl vielen anderen die direkten sozialen Kontakte am Arbeitsplatz. In diesem Sinn gewöhne ich mich schon etwas an die Zeit nach der Pensionierung. Viele soziale Kontakte werden wegfallen, umso mehr ich mich vermehrt in der Heimat meiner Partnerin, in Spanien, aufhalten werde.

Hast du, nach den Erfahrungen mit dieser Pandemie, Forderungen an die Politik? Für Massnahmen in den Schulen/der Bildung? Der Fernunterricht zeigt noch verstärkt, wie stark der Schulerfolg von den familiären Verhältnissen und der Unterstützung zuhause abhängt. Die wichtigsten Rezepte zur Unterstützung der sozial benachteiligten Kinder sind Frühförderung und Ganztagschulen für alle. Bezüglich Frühförderung und ausserfamiliärer Betreuung sind wir in der Schweiz nach wie vor ein Entwicklungsland. Es gibt zwar viele Ideen, aber die politische Mehrheit im Kanton verweigert das Geld für den konsequenten Ausbau. Es wird zwar über Nachteilsausgleich diskutiert, aber die am stärksten Benachteiligten werden in den Verordnungen zum Nachteilsausgleich nicht einmal erwähnt: Kinder aus bildungsfernen Familien. ■

Einblicke in das Homeschooling

Ein Interview mit Familie Frish, Bern: **Salomé Frish, 39, Assistenzärztin; Mikail Frish, 42, Sozialarbeiter (in Weiterbildung zum Schulsozialarbeiter); sowie von oben nach unten: Rona Frish, 5 ½, 1. Jahr Kindergarten Kirchacker; Lorin Frish, 7 ½, 1. Klasse Schulhaus Höhe; Miron Frish, 9, 2. Klasse Schulhaus Höhe.**



Freude auf die Schule – Fragen an Miron und Lorin

Was lernt ihr gerade? **Miron:** Multiplizieren und Rechnen mit Zahlenreihen. **Lorin:** Mathematik mit Zahlen bis 100, Schreiben und Lesen. Schreiben ist mein Liebstes. **Miron...** und auch Schreiben und Lesen

Mit welchen Hilfsmitteln lernt ihr? **Lorin:** Rechnen tu ich mit den Fingern. **Miron:** Ich mit dem Kopf. Und mit den Schulheften und dem Material, das Mama in der Schule holen musste.

Wie habt ihr Kontakt zu eurer Lehrerin? **Miron:** Die Lehrerin ruft einmal in der Woche an. **Lorin:** Meine Lehrerin hat diese Woche erst einmal angerufen. Sie ruft mich noch einmal an.

Gefällt es euch, zuhause zu lernen? **Lorin:** Nicht so wie in der echten Schule. Die echte Schule gefällt mir viel besser. **Miron:** Mir gefällt beides.

Helfen euch die Eltern beim Lernen? **Miron:** Ganz wenig, nein – mittel. Zum Beispiel, als ich das Mal-Rechnen noch nicht so richtig begriffen hatte, hat mein Papa mir einen Tipp gegeben und erklärt, wie das Mal-Rechnen geht. Das ist eben nicht Plus und nicht Minus.

Korrigiert die Lehrerin eure Arbeiten? **Lorin:** Ja, Mama oder Papa müssen die Hefte vor den Ferien der Lehrerin bringen. Sie korrigiert dann unsere Aufgaben.

Habt ihr Kontakt zu Kindern aus eurer Klasse? **Lorin:** Ja klar! **Miron:** Mit dem Handy rufen wir an, mit Kamera. **Lorin:** Aber telefonieren finde ich nicht so cool wie die Kollegen richtig treffen! **Miron:** Und manchmal spielen wir auch zusammen.

Freut ihr euch, wenn die Schule wieder aufgeht?
Beide: Jaaaa!

Am meisten fehlen die FreundInnen – Fragen an Rona

Bekommst du auch Aufgaben, die du zuhause lösen musst? Ich habe Bilder bekommen mit Zahlen und wir müssen dazu etwas zeichnen. Und ein Blatt mit Vögeln, wir müssen sie von zuhause aus beobachten.

Du hast mit deinem Kindergärtner telefoniert. Über was habt ihr gesprochen? Er hat gefragt, wie es mir geht und was ich mache.

Der Kindergarten fehlt dir. Was am meisten?
Meine Freundinnen und Freunde!

Kinder lernen individuell unterschiedlich – Fragen an die Eltern Salomé und Mikail

Wie erlebt ihr diese neue Situation, nicht ausschliesslich Eltern, sondern gleichzeitig auch Lehrperson zu sein?

Es ist wie nochmals eine neue Aufgabe. Wir sind näher am Schulstoff als vorher und sehen, wo die Kinder dran sind, wie sie lernen und auch, wie unterschiedlich die Kinder lernen. Sie haben unterschiedliche Aufgaben und wir müssen schauen, dass alle drableiben. Wir sehen, wie herausfordernd es für eine Lehrperson mit verschiedenen Kindern sein kann. Wir haben nur drei Kinder, auf die wir eingehen müssen. Eine Lehrperson hat bis zu 25 Kinder in einer Klasse. Wir verstehen jetzt gut, wie schwierig das ist.

Wie unterstützt euch die Schule? Die Schule hat uns Lernmaterial mit nach Hause gegeben. Und die Lehrerinnen rufen jede Woche an. Wir könnten uns für Fragen oder Unterstützung und sogar für Betreuung jederzeit bei ihnen melden.

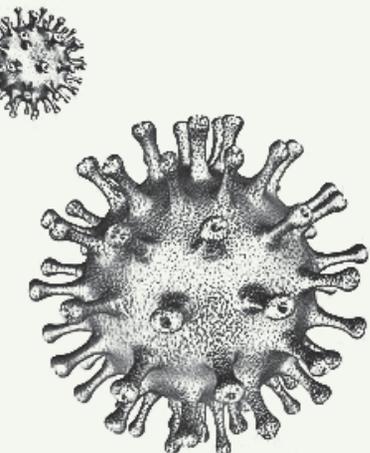
Reicht das aus? Ja, für uns reicht das gut. Wir sind fast ein wenig übersättigt mit Stoff, denn sie bieten auch online Schulstoff an, nebst den Schulbüchern. Es besteht eigentlich sogar ein Überangebot. Wir müssen entscheiden, was von alledem wir auswählen. Bis jetzt halten wir uns deshalb an die analogen Lehrmittel. Da wird ein Resultat sichtbar von dem, was die Kinder gemacht haben.

Gibt es gemeinsame Lektionen mit anderen Familien? Das haben wir zu Beginn der Schulschliessung gemacht, während der ersten Woche. Aber mit der Zuspitzung der Corona-Krise und der Weisung, dass pro Gruppe maximal fünf Kinder zusammen sein dürfen, konnten wir das nicht weiterführen. Es war eine interessante Erfahrung, weil wir sehen konnten, wie andere Kinder lernen. Wir machten einen etwas alternativeren Unterricht und hielten uns nicht an den Lernstoff der Schule. Den Kindern hat das gefallen, es war viel spielerischer als das jetzige Homeschooling.

Wie sieht euer aktuelles Fazit zum Homeschooling aus? Lehrerinnen und Eltern versuchen, das Beste aus der Situation zu machen. Es ist für alle schwierig, aber alle geben sich sehr viel Mühe. Vielleicht ist es eine Chance, die digitalen Medien voranzutreiben und mehr in den Schulalltag zu integrieren. Wir sollten offen sein dafür, die Schulstrukturen zu überdenken und neue Lernmethoden, neue Lernformen einzuführen.

Zum Beispiel? Vielleicht kommt man wieder zurück zu weniger Schulstunden, dafür einzelne Hausaufgaben, wenn sich jetzt zeigt, dass dies für einige Kinder förderlich war. Vielleicht wird es möglich, jedes Kind viel individueller zu betrachten: Braucht ein Kind Unterstützung, so soll es die Hausaufgaben in der Schule machen können. Ein Kind, das zuhause Hilfe bekommt oder zuhause besser lernt, soll sie zuhause machen können. Vielleicht entwickelt sich ein fließender Übergang zwischen Schule und dem Zuhause. ■

«Wir sollten offen sein dafür, die Schulstrukturen zu überdenken.»



GV VPOD Lehrberufe 2020

Die ausserordentliche Lage erfordert ausserordentliche Lösungen. Der VPOD Lehrberufe hat eine solche für die Durchführung der GV 2020 erarbeitet.

Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus mussten wir die Generalversammlung des VPOD Zürich Lehrberufe vom 4. April 2020 leider verschieben. Damit wir die Geschäfte, die statutarisch in der ersten Jahreshälfte durchgeführt werden müssen, fristgerecht erledigen können, hat der Sektionsvorstand entschieden, die GV durch den Vorstand und das Sekretariat durchzuführen. Anträge können schriftlich eingereicht werden. Der Bundesrat hat Vereinen diese Möglichkeit mit dem Artikel 6a der COVID-19-Verordnung gegeben.

Anträge zu den Traktanden können bis zum 31. Mai schriftlich per Post (VPOD Zürich, Sektion Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich) gestellt werden. Sollten Anträge zu weiteren Themen eingehen, wird das entsprechende Traktandum ausgesetzt und in der ausserordentlichen GV darüber entschieden. Gehen keine Anträge ein, gehen wir von eurer Zustimmung aus.

Die ausserordentliche GV wird im September 2020 stattfinden. Dann können die übrigen Geschäfte erledigt und insbesondere Katrin Meier, unsere langjährige Präsidentin, gebührend verabschiedet werden.

Traktanden und Beschlüsse

Am 8. Juni 2020 werden die Präsidentin Katrin Meier, der Vorstand bestehend aus Sophie Blaser, Jacqueline Büchi, Arijana Buljubašić, Mirjam Köchli, Cornelia Maccabiani, Francesca Micelli, Qëndresa Sadriu, Yvonne Tremp sowie Anna-Lea Imbach und Fabio Höhener des Sekretariats die GV durchführen und sich ohne anderslautende Anträge vonseiten der Mitglieder an folgende Traktanden und vorgeschlagenen Beschlüsse halten:

1. Abnahme des Protokolls der GV 2019

Das Protokoll wurde vom Protokollprüfer Hans Huonker geprüft und als korrekt und vollständig befunden. Das Protokoll wird abgenommen und die Protokollführerin Cornelia Maccabiani verdankt.

2. Berichte und Décharge

Der Jahresbericht 2019 und die Jahresrechnung 2019 werden abgenommen und dem Vorstand wird die Décharge erteilt.

3. Mitgliederbeiträge Sektion Lehrberufe

Die Mitgliederbeiträge werden in der Höhe vom letzten Jahr beibehalten.

4. Wahlen

Die Wahlen und Verabschiedungen werden auf die ausserordentliche GV verschoben. Bis dahin bleiben die MandatarInnen im Amt.

Wir sind auf der Suche nach Personen der Sektion Lehrberufe, die sich für das Amt der regionalen Delegierten an der Seite unseres Vorstandsmitglieds Mirjam Köchli zur Verfügung stellen. Bei Interesse bitte beim Sekretariat melden.

Folgende Unterlagen werden ab dem 18. Mai auf der Webseite aufgeschaltet und per Mail verschickt:

- Protokoll GV 2019
- Jahresberichte 2019
- Jahresrechnung und Revisionsbericht 2019
- MandatarInnen-Liste

Kontakt

Falls du bisher keine Mails von uns erhältst, wende dich ans Sekretariat:

Tel. 044 295 30 00, E-Mail: info@vpod-zh.ch

Bei Fragen zur Rechnung und zu den Mitgliederbeiträgen könnt ihr euch wenden an fabio.hoehener@vpod-zh.ch, für die anderen Traktanden an anna-lea.imbach@vpod-zh.ch

Wir wünschen euch allen gute Gesundheit und freuen uns, euch möglichst bald wieder persönlich zu sehen!
Anna-Lea Imbach und Fabio Höhener ■

«Nebenbei die Lücken schliessen»



Homeoffice Sophie Blaser



Schule Hirschengraben



Homeoffice Katrin Meier

Wenn wir von Chancengerechtigkeit sprechen, sprechen wir immer auch von unterschiedlichen Voraussetzungen, die die Kinder für das Lernen haben und mitbringen. Mit Katrin Meier und Sophie Blaser habe ich über ihren Fernunterricht gesprochen und darüber, wie sich die «feinen Unterschiede» zu Zeiten des Fernunterrichts zeigen.

«Vor allem Eltern, die das Schweizer Bildungssystem und dessen Ansprüche nicht kennen, machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder.»

Wie sieht der Kontakt zu euren SuS während des Fernunterrichts aus?

Katrin Meier: Ich plaudere/chatte jeden Tag in unserem digitalen Klassenzimmer mit jeder Schülerin und jedem Schüler über die Befindlichkeit, die geplanten Aufgaben für den Tag, die Zeit zu Hause, über viel Schulisches, aber auch über ganz viel Privates. Dabei entdecke ich an den Kindern bisher verborgen gebliebene Fähigkeiten, Interessen und Talente, aber auch schulische Lücken und familiäre und persönliche Herausforderungen. Diese Chats sind von unterschiedlicher Intensität: Die einen schreiben mehr als sie mir jemals in der Schule erzählt hätten, fragen und kommentieren alles und würden 24 Stunden online bleiben, andere hingegen beschränken sich auf ein Minimum an Kommunikation, was die Arbeit deutlich erschwert, und bei einigen wenigen musste ich den Kontakt in mühseliger Kleinstarbeit überhaupt erst aufbauen.

Sophie Blaser: Ich telefoniere mit jedem Kind und deren Eltern einmal in der Woche. Für Fragen der Eltern bin ich jeweils von 9 bis 11 telefonisch erreichbar. Im normalen Kindergartenalltag nehme ich mir jeden Tag mindestens eine halbe Stunde Zeit, um mit einzelnen Kindern über Dinge zu sprechen, die sie persönlich beschäftigen. Es hilft mir nun in dieser ausserordentlichen Lage, dass die Kinder diese ausgedehnte Gesprächssituation bereits kennen. Das Gelingen der Gespräche hängt stark von den Eltern ab. Die einen sprechen dem Kind die Antwort «GuT» auf die Frage: «Wie geht es dir?» vor, einige erreiche ich in

und andere wiederum lassen ihr Kind eine Stunde mit mir alleine sprechen. Ich habe Kinder, die wollen ganz genau wissen, wer die Schulen geschlossen hat und ob der Bundesrat bei Uneinigkeit »Schäre – Stei – Papier« spiele. Andere Kinder erzählen mir von ihrem Alltag und dem Streit mit den Geschwistern. Mit einigen Kindern bin ich per Videotelefon in Kontakt, weil sie meine Mimik und Gestik brauchen, um mich verstehen zu können.

Wie erlebt ihr die Beziehungsqualität mit den Kindern und Eltern?

SB: Ich schätze es, dass ich mich voll und ganz auf das Gespräch am Telefon konzentrieren kann und nicht damit rechnen muss, dass mein Kindergarten gerade unter Wasser gesetzt wird oder sich jemand eingenässt hat. Zu den Eltern ist die Beziehung eine andere geworden. Oftmals fragen sie mich zuerst, wie es mir geht und erzählen mir von schönen, den schwierigen und den

sehr schwierigen Momenten kaum zuhause. Vor allem Eltern, die das Schweizer Bildungssystem und dessen Ansprüche nicht kennen, machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. Ich höre genau hin, frage nach und versuche ihnen aufzuzeigen, wie sie ihr Kind unterstützen können. Es gibt aber auch Eltern, die ich 7-, 8-, 9-mal anrufe und dann noch eine Mail schreiben muss, bis ich sie erreiche. Falls wir Kinder/ Eltern dennoch nicht erreichen, kümmern sich bei uns die Schulleitung und die Schulbehörde um den Kontakt.

Gibt es Kinder, die für euch nicht oder nur schwierig erreichbar sind im Setting Fernunterricht? Warum?

KM: Die Erreichbarkeit in Bezug auf das reine Kommunizieren ist das eine, das Lernen ist etwas anderes. Dies ist bei einigen Schülerinnen und Schülern schwierig. Kinder, die in der Schule eine enge Begleitung und Betreuung brauchen, benötigen diese zu Hause noch viel intensiver. Ich bin froh, betreut meine schulische Heilpädagogin einzelne Kinder sehr engmaschig. Mindestens ein Telefon am Morgen, Mail- oder Chat-Kontakt im Verlauf des Tages mit allen Lehrerinnen und vor der Mittagspause noch einmal ein Telefonat. Meist folgt noch eines gegen Abend, nicht nur mit den Kindern, sondern auch mit der Mutter oder dem Vater. Alleine könnte ich dies alles nicht bewältigen. Da wünschte ich mir noch mehr Unterstützung, da wir dies momentan nur bei einigen Kindern zu leisten vermögen, es aber bei weiteren Kindern sicher sinnvoll wäre, diese ebenfalls enger zu begleiten, nachzufragen und zu unterstützen.

SB: Die Aufgaben und Materialien für den Fernunterricht habe ich an die Kinder per Briefkästen verteilt, so dass sie keinen Computer und Drucker benötigen. Den Kindern die Aufgaben vorzulesen und sie anzuregen, das liegt momentan bei den Eltern. Ich versuche die Eltern zu coachen und ihnen Ideen zu geben, wie sie sich mit ihren Kindern

beschäftigen können. Mit einem Vater, der grosse Mühe mit der Situation hat, habe ich ausgemacht, dass ich ihn jeden Morgen per Videotelefonie anrufe. Vom ersten Tag an war er sehr motiviert, aber er wusste nicht, wie er seine Tochter anleiten kann. Ich habe Aufgaben mit vielen Wiederholungen ausgesucht und das Mädchen zu Beginn ausführlich angeleitet, dem Vater Satzbausteine gegeben und sie haben mich am Schluss zurückgerufen für eine gemeinsame Reflexionsrunde. Dieser Aufwand ist zeitintensiv, den kann ich nur für einzelne Familien leisten – aber wenn dies zum Lernverständnis der Eltern beiträgt, hat es sich für mich gelohnt.

Inwiefern ist das Thema Chancengleichheit in eurer Schule im Moment im Fokus? Ist es ein Anliegen der SL?

KM: Die Arbeit mit den Kindern organisieren wir ohne unsere Schulleitung, daher ist das Thema Chancengerechtigkeit eher innerhalb der Stufe ein Thema. Hauptsächlich ist es aber mir als Klassenlehrerin wichtig, möglichst allen Kindern zumindest ähnliche Chancen zu ermöglichen, wie dies auch im Präsenzunterricht eines meiner grössten Anliegen ist. Von Beginn an war klar, dass wir bezüglich der technischen Mittel schauen müssen, dass alle gleiche Voraussetzung haben, so dass alle Zugriff auf das digitale Klassenzimmer haben und weitere Online-Angebote nutzen und -Aufgaben lösen können. Zudem schaue ich, dass ich den Kindern Aufgaben stelle, die sie möglichst ohne fremde Hilfe lösen können und passe die Aufgaben den Fähigkeiten der einzelnen Schülerinnen an. Für schwierigere oder komplexere Aufträge ist in der Schule danach immer noch genügend Zeit.

SB: Es ist Thema, aber in der Verantwortung der einzelnen Klassenlehrpersonen. Ich habe mich dazu entschlossen, dass ich Aufgaben stelle, bei denen die Kinder nicht mehr als einen Stift und Papier brauchen. In der Stadt Zürich können Übersetzende für Telefonate beigezogen werden. Dieses Angebot habe ich noch nicht in Anspruch genommen, aber ich bin froh, dass dies jetzt möglich ist. Mein Elternbriefe verfasse ich in einfacher Sprache, aber die Briefe der Schule und speziell von Seiten der Börden sind ausserordentlich kompliziert, umschweifend und leider mit einer tiefen Informationsdichte. Einigen Eltern leite ich schon gar nicht mehr alle Briefe weiter, wenn ich darin keinen zusätzlichen, wichtigen Informationsgehalt sehe.

Welche Gedanken macht ihr euch im Hinblick auf die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts? In Bezug auf die unterschiedlichen Lernstände der SuS?

KM: Wichtig ist mir, dass ich mit allen Schülerinnen und Schülern gemeinsam wieder starten kann. Wir werden zusammen aufarbeiten müssen, was in den letzten Wochen geschehen ist, schulisch, privat, zuhause und auf der Welt. Dies braucht Zeit, die ich mir aber gerne nehmen werde. Wieder zusammenfinden als Klasse, als Gemeinschaft, am besten mit einem gemeinsamen Projekt – und nebenbei die allenfalls entstandenen Lücken im Schulstoff schliessen. ■

Katrin Meier ist Mittelstufenlehrperson in einer altersdurchmischten Klasse.

Sophie Blaser ist Kindergartenlehrperson.

Text: **Anna-Lea Imbach**, Gewerkschaftssekretärin VPOD Lehrberufe



Instrumentalunterricht aus der Ferne

Seit den Schulschliessungen herrscht auch an den Musikschulen der Ausnahmezustand. Für viele ein Bootcamp in Digitalisierung.

Instrumentallehrpersonen betreuen schnell einmal 30-50 Kinder. Es hat eine gefühlte Ewigkeit und mehr als drei Wochen gedauert, bis ich alle Kinder und Jugendlichen einmal auf Skype gesehen hatte.

Nach dem Umschiffen der technischen Klippen gab es viele positive Erfahrungen. Wenn der Unterricht im Skype-Chat stattfindet, geht das häufig sehr gut. Der Fernunterricht ist mit dem Textchat und Videoaufnahmen/-telefonaten sehr transparent. Materialien und Hilfestellungen sind übersichtlich an einem Ort zusammengefasst. Beim Live-Unterricht können visuelle Erklärungen/Infos mit der Bildschirm-Teilen-Funktion sehr gut an die Kinder vermittelt werden. Das Unterrichtsmaterial erzeuge ich häufig aus dem Stegreif individuell für jeden Schüler und jede Schülerin (SuS). Screenshots, PDF/Docs, Kommentare, Video- und Audiobeispiele sind nachher beim Üben abrufbar.

Das «Wegbrechen» des gewohnten Stundenplanes schien jedoch für viele eine Überforderung zu sein. Auch engagierte SuS blieben relativ still. Einerseits gründen die Schwierigkeiten in der grossen Belastung und Umstellungsproblemen in den Familien. Die Ressourcen, materiell und sozial, sind auch auf Seiten der SuS je nach Haushalt sehr unterschiedlich. Und die Informationsflut an die Eltern seitens der Bildungsinstitutionen war enorm gross.

Auch für die Lehrpersonen war und ist es eine Herausforderung. Wenn man wirklich mit einer digitalen Infrastruktur arbeitet, braucht es die richtigen Konzepte. Musiklehrpersonen sind komplett auf sich gestellt. Dadurch ist der Graben zwischen digitalisierten und analogen Lehrpersonen sehr gross. Für die Arbeitsinfrastruktur ist jede Person selber zuständig und bezahlt sämtliches Arbeitsgerät selber.

Mit der Einführung technologischer Möglichkeiten ist es bei weitem nicht getan: Es braucht auch das entsprechende Know-how. Unsere Schule bietet einen IT-Support und die Möglichkeit an, Online-Weiterbildungen zu besuchen. Dennoch ist an Musikschulen, die über sehr knappe Ressourcen verfügen, ein solches Digitalisierungs-Projekt nur mit sehr viel Goodwill und Gratisarbeit zu stemmen.

Corona war für viele ein «Bootcamp» in der Verwendung digitaler Medien. Aber viel mehr als ein erster, kleiner Schritt war das nicht... ■

Peter Schmidheiny, Vorstand MuV.VPOD

EB Zürich Sozialplan 2020

Der VPOD hat im März und April mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) über den Sozialplan verhandelt. Der Regierungsrat verabschiedet ihn voraussichtlich Ende April. Erfahrungen aus der Vergangenheit lassen befürchten, dass die Forderungen des VPOD einmal mehr mit formalistischen Argumenten zurückgewiesen werden. Bei der Zurückweisung der Forderungen wurde oft mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung argumentiert, ohne Blick auf die Folgen für die Betroffenen. Die streng mathematisch regulierte Abwicklung bezüglich der Berechnungsgrundlage für die Abfindung bedeutet für einzelne Personen eine Reduktion der Abfindung um mehr als 50 Prozent. Besonders schmerzhaft ist das für Personen, deren Pensum unter dem PK-Minimum liegt. Der VPOD kritisiert zudem die Personalplanung der EB: Die Vergabe von Pensen und damit die Frage, wer seit 2018 in welchem Umfang von Entlassungen betroffen war, ist weitgehend undurchsichtig. Erfreut ist der VPOD darüber, dass im Prozess der Entlassungen, vor allem in der Kommunikation des Ablaufs, Verbesserungen stattgefunden haben – auch wenn es nicht politisches Ziel sein kann, dass der Kanton Experte in Massenentlassungen wird. Die Entlassungsverfügungen werden voraussichtlich Ende April zugestellt.

Anna-Lea Imbach

Petition: Wir VikarInnen

Für die Petition «Wir VikarInnen» des VPOD sind in drei Tagen exakt 1250 Unterschriften eingegangen – die meisten davon von betroffenen VikarInnen. Diese grosse Unterstützung freut uns. Die hohe Zahl hat aber auch etwas Erschreckendes: Sie zeigt, wie viele VikarInnen von der Situation in unterschiedlichster Weise betroffen sind. Als offizieller Sozialpartner des Kantons hat der VPOD seine Forderungen mit einem Brief bei der Bildungsdirektion eingereicht. Darin fordert er diese dazu auf, für die betroffenen VikarInnen, die einen erheblichen Erwerbsausfall auf Grund der behördlich beschlossenen Massnahmen erleiden, Kompensationen in die Wege zu leiten – auf der Grundlage der monatlichen Durchschnittsausgaben für Vikariate sowie der durchschnittlichen Einsatzzeiten der VikarInnen in den vergangenen Monaten.

Fabio Höhener

17. Mai 2020

Die Volksabstimmung vom 17. Mai findet nicht statt. Der Bundesrat hat am 18. März beschlossen, aufgrund der Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus auf die Durchführung dieser Abstimmung zu verzichten:
«Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle».

Offener Brief: Weil uns Gesundheit wichtig ist!

Die Corona-Krise legt in aller Deutlichkeit die Schwächen der Gesundheitsversorgung in der Schweiz offen. In den letzten Jahren hat eine Ökonomisierung im Gesundheitsbereich stattgefunden, deren Leittragende in erster Linie die Angestellten sind. Immer mehr Bürokratie und Dokumentation, immer weniger Pflege und Zeit am Bett sind das Resultat. Der VPOD hat die Forderungen des Gesundheitspersonals im Kanton Zürich zusammengetragen und sich am 15. April mit einem offenen Brief an die Regierung und an die Gesundheitsbetriebe (Spitäler, Heime, Spitexdienste usw.) gerichtet. Darin fordern wir eine generelle Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie spezifische Massnahmen zur Bewältigung der aktuellen Pandemie. Die Forderungen und die Möglichkeit, den offenen Brief zu unterschreiben, findest du unter <https://zuerich.vpod.ch/GESUNDHEIT>

Roland Brunner

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Donnerstag, 11. Juni: Treffen Berufsfachschulgruppe

Themen: Folgen des Coronavirus für Lehrpersonen und Lernende, Projekt Governance. Das Treffen wird entweder physisch unter Einhaltung der Sicherheitsabstände oder digital durchgeführt. Aktuelle Infos unter ww.zuerich.vpod.ch/kalender/

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, **Redaktion:** Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 2 / Mai 2020**, erscheint fünf Mal jährlich, 5. Jahrgang, Auflage: 3000

Keine Diskriminierung von Geflüchteten!

Beim Engagement für Geflüchtete hat der Gesundheitsschutz Vorrang. Gerade schulpflichtige Kinder und Jugendliche haben jedoch das Recht auf alternative Bildungsangebote zum ausfallenden Schulunterricht. Der VPOD fordert, dass Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, damit allen Geflüchteten auch zu Zeiten von Corona der Zugang zu Bildungsangeboten möglich ist.

Von Johannes Gruber

Im September 2019 hatte der VPOD gemeinsam mit Solidarité sans frontières (Sosf) eine Tagung durchgeführt, an der wir mit mehr als 200 Fachpersonen und Engagierten über bestehende und fehlende Bildungsangebote für Geflüchtete diskutierten. Die Tagung war der Auftakt für Lobbyarbeit zur Umsetzung des Rechts auf Bildung von Geflüchteten. Mittlerweile existiert die Tagungspublikation auf Deutsch und Französisch sowie das Positionspapier «Gleichwertige Bildung für alle – Keine Diskriminierung von Geflüchteten!» mit 14 Forderungen (vgl. vpod bildungspolitik 215, S. 5-7). Als wir sodann gerade an der Lancierung unserer Kampagne mit parlamentarischen Vorstössen arbeiteten, hat uns das Corona-Virus einen Strich durch die

Rechnung gemacht. Im Moment haben sich die Prioritäten verschoben, zuerst muss für die Geflüchteten das Recht auf Leben und der Schutz der Gesundheit sichergestellt sein.

Sistierung der Asylverfahren!

Der Bundesrat hält daran fest, dass es auch für asylsuchende Personen aktuell keine Notwendigkeit gibt, in die Schweiz einzureisen, um ein Asylgesuch zu stellen. Da dieses ebenso in den Nachbarstaaten möglich sei, gelte die Einreisesperre auch für Asylsuchende. Der Grenzschutz setzt diese völkerrechtswidrige Massnahme mehrheitlich um. Einreisen finden nur noch in einem sehr geringen Masse statt. Die Anzahl der Asylgesuche ist in den letzten Wochen drastisch zurückgegangen. Die Asylverfahren dagegen werden trotz der

Bedrohung durch Corona weitergeführt. Die offizielle Begründung, dass die Verfahren nicht ausgesetzt werden dürfen, weil sonst die Bundesstrukturen im Asylbereich schnell an ihre Kapazitätsgrenzen stiessen, erscheint als nur vorgeschoben. Bundes- als auch Kantonsstrukturen sind zurzeit nur knapp zur Hälfte belegt.

Weil ausreichender Gesundheitsschutz bei den Asylverfahren in der aktuellen Situation kaum möglich ist, hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) dagegen zynischerweise gerade die Vorgaben für den Rechtsschutz gelockert. Die Hilfswerke sollen ihre Mitarbeitenden schützen können, wozu sie als Arbeitgebende auch verpflichtet sind. Es ist nun an den Rechtsschutz leistenden Personen selbst zu entscheiden, ob sie an

eine Anhörung gehen und ihre Mandantinnen und Mandanten begleiten oder nicht. Das heisst, dass das SEM die Verantwortung für den Schutz an die Hilfswerke übergibt, während die Verfahren auch ohne Rechtsvertretung weitergeführt werden können. Eine solche Praxis widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien.

Der VPOD fordert die Sistierung der Asylverfahren, solange die Gesundheit von Asylsuchenden wie auch des in den Verfahren tätigen Personals nicht gewährleistet werden kann. Deshalb haben wir auch den von Sösf verfassten Appell «Coronavirus: Schutzmassnahmen für alle!» unterzeichnet. Das SEM jedoch fällt weiterhin auch negative Entscheide mit Wegweisungen, obwohl diesen im Moment nicht einmal nachgekommen werden kann. Das Asylgesetz schreibe in der jetzigen Situation eine vorläufige Aufnahme vor, da eine Wegweisung «technisch nicht möglich ist». Dies wird vom SEM umgangen, indem es lediglich längere, jedoch nicht näher definierte Fristen für die Ausreise bestimmt. Personen mit entsprechenden Entscheiden landen in der Nothilfe und haben kaum Ansprüche.

Bildung für Geflüchtete auch während der Corona-Krise ermöglichen!

Gemeinsam mit Sösf und dem Verband Schweizer Studierendenschaften VSS haben wir am 27.4.20 einen Brief an alle kantonalen ErziehungsdirektorInnen gesandt, in dem wir fordern, dass auch während der Corona-Krise junge Geflüchtete Zugang zu Bildungsangeboten haben und dabei Schutz und Unterstützung erhalten müssen. Wenn diese Lernenden während der Schulschliessung und im schrittweisen Übergang in den Normalbetrieb nicht genügend Unterstützung durch die Schulen und die Bildungsbehörden bekommen, sind ihre Chancen, im Lernen voranzukommen, massiv beeinträchtigt. Hier einige ausgewählte Forderungen unseres Briefs:

Die Lernangebote und -Aufgaben müssen vom Umfang her ausreichen, didaktisch geeignet und über verschiedene Wege zu-

gänglich sein. Für den Unterricht braucht es Ressourcen in Deutsch als Zweitsprache, für die Kommunikation mit den Eltern interkulturelle Dolmetschende, die auch für die Vermittlung von Homeschooling-Tipps an die Eltern hilfreich sind. Die für den Fernunterricht entstehenden zusätzlichen Kosten sind durch die Schulgemeinden und das Bildungsdepartement zu tragen.

Lernende in der obligatorischen Schule

Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die in Asyl-Zentren leben, brauchen Schutz und Lernunterstützung. Die Lehrpersonen und die Schulbehörden müssen bei den für die Asyl-Zentren zuständigen Behörden intervenieren, wenn sie bemerken, dass der gesundheitliche Schutz in den Zentren nicht gewährleistet ist (beispielweise mangelnde Hygiene-Massnahmen, nicht mögliches Abstandhalten, mangelnde ärztliche Versorgung, mangelhafter Platz für Quarantäne).

Die zuständigen kantonalen und kommunalen Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrpersonen sind zusammen mit der Betreuungslleitung auch dafür verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche in Asyl-Zentren geeignete räumliche und zeitliche Strukturen haben, um regelmässig und in Ruhe an Schulaufgaben zu arbeiten. Und auch dafür, dass die notwendigen Materialien und Geräte zur Verfügung stehen und individuelle Lernbegleitung durch die Klassenlehrpersonen, Klassenassistenten und SozialpädagogInnen sichergestellt ist, die einzelnen Kindern vor Ort beim Lernen helfen.

Lernende in der Berufslehre

Schutz und Lernunterstützung braucht es auch für Geflüchtete in der Berufslehre. Der Schutz der Gesundheit von (Integrations-) Vorlehrlingen und Lehrlingen muss in den Berufsschulen wie am Arbeitsplatz erste Priorität haben. Dafür sind die Arbeitgebenden verantwortlich.

Junge Geflüchtete sind besonders auf eine Kontinuität der beruflichen Bildung angewiesen. LehrmeisterInnen und Berufsschulen müssen darum die Anschlüsse an ein nächstes Lehr- und Schuljahr sicherstellen, auch wenn wegen des Fernunterrichts Lücken entstehen. Das Abschliessen von Lehrverträgen muss trotz Lockdown spätestens bis Sommer 2020 stattfinden. (Integrations-) Vorlehren sollen in der Regel nahtlos in EBA- oder EFZ-Lehrverträge überführt werden.

LehrmeisterInnen, Branchenverbände und die kantonalen Berufsbildungsämter sollen bis Sommer 2020 die formellen Abschluss-Zeugnisse (EFZ und EBA) sichern. Nötigenfalls sind die Lehrabschlussprüfungen (Qualifikationsverfahren) mit alternativen Methoden (Erfahrungswerte, Beurteilungskonferenzen) durchzuführen.

Zugang zu Mittel- und Hochschulen

Beim Zugang von Geflüchteten zu Mittel- und Hochschulen sind geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene bereits unter normalen Bedingungen stark benachteiligt. Damit dies nicht noch weiter verstärkt wird, sind Massnahmen für einen chancengerechten Zugang zu ergreifen.

Die von den Mittel- und Hochschulen bereitgestellten Lösungen für das Fern- oder Heimstudium müssen allen studentischen Geflüchteten, auch Studierenden in Hochschulprojekten für Geflüchtete, uneingeschränkt zugänglich sein (Zugang zu Online-Lehrveranstaltungen, Online-Sprachkursen, Online-Beratungen, Online-Diensten der Bibliotheken etc.).

Für geflüchtete MittelschülerInnen und Studierende, die nicht über die benötigte Infrastruktur verfügen, sollen die entsprechenden Materialien (Laptops, funktionierendes WLAN) von der Mittel- bzw. Hochschule bereitgestellt werden, dies gilt insbesondere für geflüchtete MittelschülerInnen und Studierende in Asyl-Zentren.

Alle Sprachkurse und auf ein reguläres Studium vorbereitenden Massnahmen müssen weiter im Online-Modus durchgeführt und besucht werden können.

Für Geflüchtete in studentischen Hochschulprojekten darf dieses aussergewöhnliche Semester nicht als reguläres Probe- bzw. Schnuppersemester gezählt werden. Es muss in jedem Fall wiederholt werden dürfen. ■

Der vollständige Originaltext des Briefs kann eingesehen werden unter:

<https://vpod.ch/themen/migration/gefluechtete-bildung-integration-emanzipation/>

Demonstrationen wie die nationale Klimademo im September 2019 in Bern sind in den Zeiten von Corona nicht möglich. Die Proteste finden stattdessen im Internet statt.



Fight every crisis!

Alle Aufmerksamkeit gilt im Moment der Corona-Krise. Zudem behindert die Einschränkung von Öffentlichkeit und politischen Grundrechten das Engagement für eine neue Klimapolitik. Mit neuen Protestformen im Internet sorgt Fridays for Future dafür, dass die Klimakrise nicht in Vergessenheit gerät. Von Johannes Gruber

Am 20. August 2018 verweigerte die damals 15-jährige Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg erstmals den Unterrichtsbesuch. Zunächst sass sie für einen Zeitraum von drei Wochen täglich während der Unterrichtszeit vor dem schwedischen Reichstag in Stockholm und zeigte ein Schild mit der Aufschrift «Schulstreik für das Klima». Sie kündigte an, sie werde ihren Unterrichtsboykott an Freitagen so lange fortsetzen, bis die Klimapolitik Schwedens den Grundsätzen des Pariser Klimaabkommens entspreche. Als Hashtag verwendete sie u.a. #Fridays-ForFuture. Durch ihren Protest erzeugte sie internationale Aufmerksamkeit, sodass sich in verschiedenen Städten weltweit Gruppen von SchülerInnen und Studierenden bildeten, die sich anschlossen. Es entstand die globale soziale Bewegung Fridays for Future (FFF), die sich für umfassende, schnelle und effiziente Klimaschutzmassnahmen einsetzt. Mit diesen soll das auf der Weltklimakonferenz in Paris 2015 (COP 21) im

Weltklimaabkommen beschlossene Ziel der Vereinten Nationen erreicht werden, das die Klimaerwärmung im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten auf 1,5 °C begrenzen soll.

Damit wir alle eine Zukunft haben

Nach dem Vorbild von Greta Thunberg gingen 2019 Schülerinnen und Schüler vor allem freitags während der Unterrichtszeit auf die Strassen und protestierten. Die Schulstreiks waren dezentral organisiert. Sie richteten sich nicht gegen die Bildungsinstitutionen. Ziel war vielmehr, zum Handeln zu ermahnen. Die Proteste wendeten sich gegen das Versagen der politisch Verantwortlichen gegenüber dem durch Treibhausgasemissionen verursachten menschengemachten Klimawandel. Dieser gefährde die Zukunft der jungen Generation, der Menschheit insgesamt wie der Erde. Die Kernforderung der Proteste war: «Handelt endlich – damit wir eine Zukunft haben!».

In Deutschland forderte FFF eine «Energiewende», in der erneuerbare Energien an die Stelle fossiler Energieerzeugung treten sowie eine «Verkehrswende», in deren Rahmen der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut wird. In der Schweiz richteten sich die Schüler gegen die Untätigkeit der institutionellen Politik bezüglich der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens, Kritik an Parteien und PolitikerInnen, die verbindliche Inlandsziele und konkrete staatliche Regulierung verhindern, mit denen der CO₂-Ausstoß verkleinert werden könnte. Drei Ziele standen im Mittelpunkt: die Ausrufung des nationalen Klimanotstands, netto null Treibhausgasemissionen bis 2030 im Inland sowie «Klimagerechtigkeit»: Klimapolitik soll stärker die Interessen der Menschen berücksichtigen, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Waren es beim ersten Klimastreik in der Schweiz am 14. Dezember 2018 in Zürich erst rund 300 Teilnehmende, so demonstrierten

im Februar / März bereits zehntausende. Dies als Teil einer mittlerweile sozialen Bewegung: Am ersten weltweit organisierten Klimastreik streikten am 15. März 2019 weltweit 1,8 Millionen Menschen. Über das Jahr 2019 verteilt fanden in der Schweiz weitere Aktionen, Aktionswochen und Demonstrationen statt wie etwa die nationale Klimademo am 28. September in Bern. Erkennbar hat die Klimabewegung zu einer starken Politisierung von SchülerInnen und Studierenden geführt, die auch nicht davor zurückschrecken, gemäss dem Motto «System change, not climate change» über einen gesellschaftlichen Systemwandel nachzudenken.

Verändert hat die Klimabewegung nicht zuletzt die Institution Schule. Durch FFF wurden Lehrpersonen zufolge Nachhaltigkeit und Klimaschutz als Unterrichtsthema gestärkt: So bringen SchülerInnen diese aus eigener Motivator in den Unterricht ein wie z.B. durch freiwillige Referate.

Klimastreiks 2020

In diesen Wochen sollte in verschiedenen Staaten die Bewegung durch landesweite Klimastreiks neuen Auftrieb erhalten. Unter den aktuellen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die auch politische Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit betreffen, ist politisches Engagement für Klimagerechtigkeit jedoch schwierig geworden. Der für den 24. April vorgesehene globale Klimastreik fand vor allem im Internet statt. In Deutschland etwa konnten sich AktivistInnen im Netz in einer Streikendenkarte eintragen. Selbstgebastelte Demoschilder sollten nach aussen gut sichtbar platziert, als Bilder hochgeladen und auf Social Media unter Verwendung der Hashtags #NetzstreikFürsKlima und #FightEveryCrisis verbreitet werden. In Berlin fand vor dem Deutschen Bundestag eine grosse Kunstaktion mit Plakaten aus 70 FFF-Ortsgruppen statt, auf der Webseite fridaysforfuture.de lief ein Streikprogramm mit Musik, Reden und Liveschalten aus

dem ganzen Land. FFF-Deutschland spricht von einem grossen Erfolg: «Mit 87.000 auf der Streikendenkarte, über insgesamt 230.000 Livestream-Zuschauer*innen, 40.000 Tweets und 15.000 Demoschildern haben wir klargemacht: Mit uns ist zu rechnen und wir wollen, dass jetzt die Weichen für eine gerechte, ökologische Gesellschaft gestellt werden!»

In der Schweiz wurde lange Zeit an der Vorbereitung für den «Strike for Future» gearbeitet, der für den 15. Mai 2020 vorgesehen war. In der aktuellen Corona-Notlage wurde dieser ebenfalls durch Aktivitäten im Netz ersetzt. Unter dem neuen Slogan »Challenge for Future« soll unter anderem über eine Webseite schweizweit ein Gesellschaftsspiel stattfinden, in dem die MitspielerInnen Aufgaben zum Thema Klimawandel erfüllen. Dies soll für öffentliche Aufmerksamkeit und eine weitere Vernetzung unter den AktivistInnen und Bis-anhin-noch-nicht-AktivistInnen sorgen. ■



#challengeforfuture

In diesen aussergewöhnlichen Zeiten bleiben wir zu Hause und halten Abstand. Die Wissenschaft muss ernst genommen werden. Wir befinden uns in einer Krise. Doch auch unsere Normalität ist eine Krise. «Normal» sind schmelzende Gletscher, steigende Meeresspiegel, zunehmende Dürreperioden, schneelose Winter und Waldbrände auf der ganzen Welt. Der Status Quo bedroht den Planeten, aber vor allem auch uns Menschen und lässt uns um unsere Existenz fürchten. Der Normalzustand stiehlt uns unsere Zukunft. Wir dürfen nicht zurück in diese Normalität. Gemeinsam können wir jetzt ein «Normal» gestalten, das zukunftsfähig ist. Es liegt in unseren Händen, zu einer Gesellschaft zu werden, die ihrer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht wird.

Wir fordern Dich heraus! / We Challenge You!

Es ist an der Zeit, die Stimme zu erheben und zu handeln. Am 15. Mai fordern wir Dich dazu auf, zu zeigen, dass auch Du einen Wandel willst. Der Klimaalarm wird um 11.59 Uhr im ganzen Land erklingen, um davor zu warnen, dass die Klimakrise nicht darauf wartet, dass unsere Politiker*innen Massnahmen zum Schutz unserer Zukunft ergreifen. An diesem Tag der Bildung und Herausforderungen wollen wir gemeinsam handeln. Beginnen wir damit, die Zukunft so zu gestalten, wie wir sie wollen! (siehe Seite 32) ■

Chance System Change

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes, liefert mit seiner Publikation wichtige Anregungen für den politischen Umgang mit dem Klimawandel, der an Fahrt aufgenommen hat.

Hitzewellen in Europa, epidemische Waldbrände in der Arktis und im Amazonas, Städte, die von sintflutartigen Regenfällen zerstört wurden. Nun ist es augenfällig. Es bleiben nur noch wenige Jahre, um Klimakatastrophen ungeahnten Ausmasses zu verhindern. Für klimapolitisches Geplänkel um unzulängliche Massnahmen bleibt keine Zeit mehr, und noch viel weniger bleibt Zeit dafür, die Probleme einfach zu verlagern – zum Beispiel durch den schieren Ersatz der fossilen durch eine Elektro-Autoflotte.

«Das System Chance Klimaprogramm» zeigt konkrete Wege auf, wie wir den erforderlichen Politikwechsel in Gang bringen. Denn auch wenn die Klimastreikbewegung schon einiges bewirkt hat: Was gegenwärtig in den Schweizer Parlamenten im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision diskutiert wird, reicht bei weitem nicht aus. Mit 27 Vorschlägen wie u.a. dem Klimabonus, der Klimavermögensabgabe, dem Klimaparlament und einem radikalen Umbau der Mobilität zeigt das System-Change-Klimaprogramm auf, wie grundlegend die Änderungen wirklich sein müssen, damit dem Klimawandel wirksam begegnet werden kann. Es geht darum, die gewaltige Materialschlacht zu beenden, in die wir verheddert sind. Es geht um grundlegende

Veränderungen in den Konsum- und Lebensgewohnheiten, in der Produktion und in der Finanzwelt. Und es geht um die Freilegung der Potenziale für eine solidarische Lebensgestaltung, die den Anspruch auf ein würdevolles Leben aller Menschen dieser Erde respektiert. ■



Beat Ringger: Das System Change Klimaprogramm. Edition 8, Zürich 2019. 215 Seiten, circa Fr. 20.– (Das Buch kann auf der Webseite www.denknetz.ch als PDF frei heruntergeladen werden).



Auf dem Weg zu Netto-Null 2030

Die Klimajugend engagiert sich. Auf Demonstrationen, mit politischen Entwürfen und Arbeit vor Ort. Von Zoe Stadler

Vor zwei Jahren war der Klimawandel noch ein Thema für besorgte Wissenschaftlerinnen und Umweltaktivisten. Kopfschütteln erntete, wer mit dem Zug nach Skandinavien, Spanien oder England reiste. Doch was dann geschah, hätte niemand gewagt zu hoffen: Weltweit gingen und gehen seit über einem Jahr Millionen von Menschen friedlich für mehr Klimaschutz auf die Strasse. Dies ist eine der grössten, wenn nicht die grösste Bewegung des 21. Jahrhunderts. Doch was fordern die Streikenden genau? Was machen sie sonst noch ausser demonstrieren? Und wer unterstützt sie dabei?

Strike for Future und Klimaaktionsplan

Zu Beginn des Jahres 2019 begann sich in der Schweiz der Klimastreik zu organisieren und stellte gleich drei Forderungen an den Bund. Die erste Forderung ist diejenige, dass der Bund den nationalen Klimanotstand ausruft. Das bedeutet, dass die Schweiz die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise anerkennt und dass sie deshalb diese Krise prioritär zu behandeln und die Gesellschaft kompetent darüber zu informieren hat. In der zweiten Forderung muss die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen im Inland bis 2030 auf Netto-Null herunterschrauben. Als drittes wird Klimagerechtigkeit gefordert, also dass nicht diejenigen unter der Klimakrise leiden oder für deren Bewältigung hinhalten müssen, welche heute schon unter Ausbeutung zu leiden haben. Mit der Veröffentlichung der ersten zwei Forderungen wurden diese kurz darauf mit einem

Zusatz ergänzt: «Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.» Der inzwischen bekannte Slogan «System change, not climate change» ist geboren. Manche sagen jetzt, Forderungen aufstellen sei schön und gut, doch was tun die Demonstrierenden denn bitteschön selber für den Wandel? Kurz gesagt: Ziemlich viel. Neben der Organisation des schweizweiten Protests «Strike for Future» am 15. Mai (welcher nun wegen dem Coronavirus eine reduzierte Form als «Challenge for Future» annimmt) hat der Klimastreik Schweiz aktuell ein riesiges Projekt, welches in der Schlussphase steht. Der «Climate Action Plan» oder Klimaaktionsplan wird von Klimastreikenden in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Fachgebieten erarbeitet. Er zeigt auf, wie die Schweiz bis 2030 auf Netto-Null-Treibhausgasemissionen kommen kann. Die zeitaufwendige und ehrenamtliche Mitarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zeigt die Unterstützung, welche der Klimastreik in diesen Kreisen geniesst.

Klimaarbeit in Zürich

Doch zurück zu den Forderungen. Der Klimastreik Schweiz fordert Netto-Null 2030. In Zürich gab der Verein Klimastadt Zürich den Anstoss für eine entsprechende Motion im Gemeinderat, welche genau dies fordert – eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf Netto-Null bis 2030 in der Stadt Zürich. Der Verein nutzt seine Kontakte, um in Zürich die Politik auf Klimakurs zu bringen. So

organisierte er zu Beginn des Jahres 2019 ein Treffen im kleinen Kreis mit Wissenschaftlern und Politikerinnen. Aus diesem Treffen folgten viele weitere Vorstösse. Die Vernetzung des Vereins Klimastadt Zürich ist damit ein zentrales Element und muss gepflegt werden. So ist der Verein in regem Austausch zu den anderen Klimaorganisationen in Zürich und organisiert regelmässige Vernetzungsevents. Je mehr die Organisationen in Kontakt stehen, desto stärker können sie sich in ihren Projekten gegenseitig unterstützen und wertvolle Ressourcen effizient einsetzen.

Und wo arbeiten die Klimaaktiven in Zürich? Aktuell wegen der Coronakrise natürlich zu Hause. Vor- und nach dieser Krise steht der Klimabewegung jedoch der sogenannte Klimaraum als Co-Working-Space, Veranstaltungsort und Lagerraum zur Verfügung. Diese grosszügigen Büroräumlichkeiten befinden sich bei der Hardbrücke und werden seit Oktober 2019 rege genutzt. Es handelt sich dabei um ein Projekt des Vereins Klimastadt Zürich, welcher damit den Austausch unter den verschiedenen Organisationen fördern und die Arbeit für Klimathemen erleichtern möchte. Der Klimaraum kann nach seiner Wiedereröffnung gerne besucht werden.

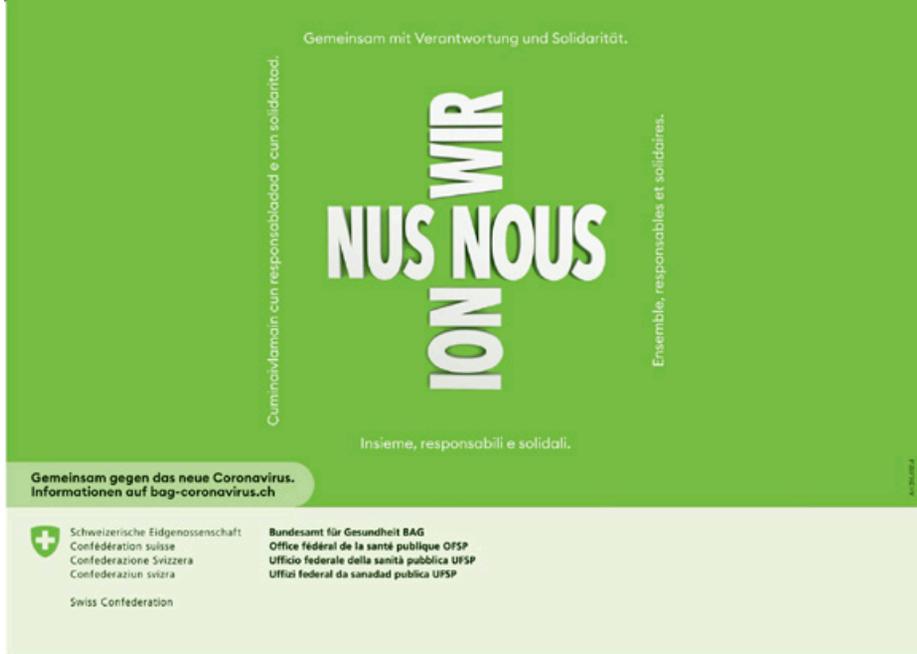
Wir machen weiter!

Die kommenden Wochen, Monate und Jahre werden eine Herausforderung – für die Gesellschaft, aber auch für die Klimabewegung. Wird sie es nach der Coronakrise schaffen, wieder dort weiterzumachen, wo sie aufgehört hat? Die Deadline 2030 kommt rasch näher, es gibt also genügend Gründe nach Aufhebung der gesundheitlichen Massnahmen nicht nur das Bier am See zu geniessen, sondern auch wieder auf die Strasse zu gehen. Der Klimastreik nutzt momentan die Zeit, um sich zu Hause mittels Webinare politisch zu bilden. Ende März fand beispielsweise ein Vortrag von Naomi Klein statt, über Klimakrise und Kapitalismus sowie die Schockstrategie der Neoliberalen und wie auch sie versuchen werden, diese Krise für ihre Interessen zu nutzen. Es bleibt spannend und wir machen weiter. ■

Zoe Stadler arbeitet am Institut für Energietechnik an der Hochschule in Rapperswil im Bereich Power-to-Gas (www.iet.hsr.ch/power-to-gas) und baut an der Hochschule aktuell den sogenannten Klimacluster auf (www.klimacluster.ch), in welchem das an der Hochschule vorhandene und für Klimastrategien notwendige Wissen in den Bereichen Planung, Technik und Kommunikation gebündelt wird.

Ehrenamtlich ist Zoe Stadler in einigen Vereinen und Gruppen für den Klimaschutz aktiv, u.a. im Verein «Klimastadt Zürich».

E-Mail: kontakt@klimastadtzuerich.ch;
www.klimastadtzuerich.ch



«Auch die besten Massnahmen nützen wenig, wenn die Bevölkerung nicht weiss, wie und warum man sie umsetzen muss.»

Verständnis als Grundstein für Solidarität

Eine effektive Klimapolitik beginnt bei der Bildung.
Von Yannic Bucher

Wer sich in letzter Zeit aus dem Haus getraut hat, ist ihr bestimmt begegnet: der Corona-Virus-Informationskampagne des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Sie hängt in Trams, an Schaufenstern und öffentlichen Plätzen und vermittelt uns die wichtigsten Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Auch in den sozialen Netzwerken und anderen Online-Medien ist die BAG-Kampagne omnipräsent. Das Ziel scheint klar: Die Bevölkerung soll informiert, aufgeklärt und sensibilisiert werden. Wir müssen «an einem Strang ziehen», um Ansteckungen zu verhindern und das Gesundheitssystem zu entlasten. Information ist das Gut der Stunde und klare und sachliche Kommunikation der Schlüssel zum Erfolg. Dabei drängt die Wissenschaft die Politik zunehmend in den Hintergrund. Fakten zählen auf einmal wieder mehr als pure Polemik und die ganze Welt verfolgt gebannt den neusten Stand der Forschung. Dies wirft die Frage auf, wieso Politik und Gesellschaft der Wissenschaft nicht auch in anderen Krisen eine zentrale Rolle zukommen lassen. Ein häufig genanntes Beispiel ist die Klimakrise, eine der grössten – wenn nicht die grösste – Herausforderung unserer Zeit.

Noch ist es zu früh, die Corona-Krise mit der Klimakrise zu vergleichen – und beim aktuellen Ernst der Lage auch unweigerlich zynisch. Grundlegende Schlüsse zu ziehen

ist jedoch wichtig und kann helfen, in Zukunft besser auf ähnliche Situationen vorbereitet zu sein. Klar ist: Eine informierte und aufgeklärte Gesellschaft ist zentral, um einer solchen Herausforderung effektiv zu begegnen. Auch die besten Massnahmen nützen wenig, wenn die Bevölkerung nicht weiss, wie und warum man sie umsetzen muss. In unserer Gesellschaft ist Verständnis ein wichtiger Grundstein für Solidarität. Dies fällt uns im Fall von Corona jedoch leichter als bei der Klimakrise. Die Gefahr ist akut und die Folgen der Krankheit spielen sich vor unseren Augen ab.

Komplexität als Herausforderung
Klimatische Zusammenhänge sind hingegen oft sehr komplex und schwer zu verstehen. Da Veränderungen im globalen Ökosystem sowohl gravierend als auch oft irreversibel sind, ist es umso wichtiger, die Gesellschaft zu informieren und über die Gefahren aufzuklären.

Universitäten und Hochschulen spielen dabei eine zentrale Rolle: als Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Ideenlabors sowie Inkubatoren sozialer und technologischer Innovationen stehen sie im Zentrum des gesellschaftlichen Wandels. Die Hochschulen stehen in der Pflicht, Studentinnen und Studenten für die Klimakrise auszubilden und es liegt in ihrer Verantwortung, Studierende in die Lage zu versetzen, diesen

Notstand mit Widerstandsfähigkeit und Innovation anzugehen.

Natürlich beschränkt sich dieser Anspruch nicht nur auf die Hochschulen. Auch Grundschulen und andere Bildungseinrichtungen tragen die Verantwortung, junge Menschen sachlich und korrekt über globale Herausforderungen aufzuklären. Dabei handelt es sich keineswegs um eine «Instrumentalisierung der Jugend», sondern um einen legitimen Anspruch meiner Generation. Unsere Erkenntnisse über die Klimakrise basieren auf neutralen wissenschaftlichen Fakten und sind nicht parteipolitischer Natur. Und da wir jungen Menschen diese Krise erben werden, sollten wir zumindest bestmöglich darauf vorbereitet sein.

Es wäre ein Versäumnis, aus der aktuellen Situation keine wertvollen Erkenntnisse für zukünftige Herausforderungen zu ziehen. Die Herausforderungen der Klimakrise sind vielschichtig und komplex. Umso wichtiger ist es, Nachhaltigkeit als Schwerpunkt in Bildung und Forschung zu verankern. Als reiches Land mit viel Know-how ist die Schweiz in der privilegierten Lage, solche Umstellungen anzugehen und als Vorbild diesen Wandel voranzutreiben. Es wird sich nicht nur auf kurze, sondern auch auf lange Zeit auszahlen, wenn die Schweiz eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnimmt. Nach den vergangenen Wochen sollte allen klar geworden sein, wie wichtig Expertinnen und Experten in einer Krise sind. Das sollten wir nicht vergessen – auch dann nicht, wenn die BAG-Plakate wieder verschwunden sind. ■

Yannic Bucher studiert Internationale Beziehungen an der Universität Genf und ist Teil des nationalen Teams der Sustainability Week Switzerland (SWS). Ziel der SWS ist es, Nachhaltigkeit als Schwerpunkt an Schweizer Hochschulen zu verankern und dabei eine nachhaltige und soziale Veränderung in der Gesellschaft voranzutreiben. Dazu unterstützt und fördert die SWS auch die Organisation von lokalen Nachhaltigkeitswochen, die jährlich an 36 Universitäten und Fachhochschulen in 15 Schweizer Städten stattfinden.

Wider die Klimakatastrophe

In ihrem neuen Buch wirbt Naomi Klein für einen «Green New Deal».
Von Martin Stohler



Jahr 2017 schildert das Leben unter dem vom Rauch zahlreicher Waldbrände getrüben Himmel in British Columbia und macht einem bewusst, dass die Klimakatastrophe nicht etwas ist, das vielleicht irgendeinmal in ferner Zukunft passieren könnte.

Abkehr von der Kohle- und Erdöl-Ökonomie

Naomi Klein will uns allerdings nicht einfach nur betroffen machen, sie will, dass wir Massnahmen gegen die Klimakatastrophe ergreifen. Dies erfordert eine massive Senkung des CO₂-Ausstosses und eine Abkehr von der Kohle- und Erdöl-Ökonomie. Mit «Pflästerlipolitik» ist das nicht zu machen; was nötig ist, ist ein tiefer Wandel. Konservativen «Klimaleugnern» bereitet dieser Aspekt der Klimakatastrophe offenbar grössere Sorgen als deren Folgen für das Leben auf unserem Planeten, wie Naomi Klein in ihrem Bericht über

eine Klimakonferenz der konservativen und libertären «Denkfabrik» Heartland Institute festhält.

Doch wie kommen wir zum angestrebten Wandel? Hier liefert Naomi Klein zwei Ansätze. Der eine ist das kanadische «Leap»-Manifest und der andere der von der US-Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez und Senator Ed Markey vorgeschlagene Green New Deal.

Das «Leap»-Manifest entstand im Mai 2015 in Toronto als Frucht eines Treffens von 60 AktivistInnen aus einem breiten Spektrum von Bewegungen. «Kaum überraschend», so Naomi Klein, «forderten wir in unserem Text zur Klimakatastrophe massive Investitionen in eine grüne Infrastruktur: erneuerbare Energien, höhere Effizienz, mehr Mittel für den öffentlichen Nahverkehr, Hochgeschwindigkeitszüge.» Zugleich verlangte das Manifest auch eine öffentliche Förderung von Umschulungen für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz in der kanadischen Rohstoffindustrie verlieren würden, damit sie in der neuen Ökonomie Fuss fassen können.

Druck sozialer Bewegungen nötig

Der Green New Deal seinerseits nimmt Bezug auf den amerikanischen New Deal der 1930er-Jahre, ein massives staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unter Präsident Franklin Delano Roosevelt zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Depression lanciert wurde. Ein solches Programm liess sich nur unter dem Druck verschiedener sozialer Bewegungen durchsetzen und mobilisierte seinerseits wieder neue Kräfte. Den Protagonisten eines Green New Deals schwebt Vergleichbares als Weg zur Dekarbonisierung vor. Ob der Solarexpress ins Rollen kommt und dabei neue soziale und wirtschaftliche Netze entstehen, wird sich weisen.

Naomi Kleins Buch ist keine «Bibel» für die weltweite Dekarbonisierung, auch wenn die Autorin bisweilen ins Predigen kommt. Man darf auch nicht jeden Satz auf die Goldwaage legen («Die (!) Historiker meinen, gesellschaftlicher Wandel sei stets das Werk einzelner grosser Männer gewesen.»). Es beleuchtet aber eine Reihe von zentralen Aspekten der aktuellen Klimakrise, regt zum Nachdenken, bisweilen auch zum Widerspruch an. Daneben bietet es auch Texte, die den einen oder anderen Einblick in unbekanntes Territorium bieten, so etwa Naomi Kleins Bericht ihrer Einladung als «säkularer jüdischer Feministin» zur Präsentation der päpstlichen Umwelt-Enzyklika «Laudato si'» im Jahr 2015 nach Rom. Lobend sei schliesslich erwähnt, dass das Buch ein Register enthält. ■

Naomi Klein: Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann.

Hoffmann und Campe, Hamburg
2019. 351 Seiten, circa Fr. 21.–

Die kanadisch-amerikanische Publizistin Naomi Klein gehört zu den prominentesten VertreterInnen der Bewegung für Klimagerechtigkeit. International bekannt wurde sie mit dem im Jahr 2000 erschienenen Buch «No Logo!» über die Textilfabriken Südostasiens.

In der Folge untersuchte Naomi Klein die Art und Weise, in der im Gefolge von Wirtschaftskrisen, Umweltkatastrophen oder Kriegen Privatisierungsmassnahmen durchgesetzt wurden («Die Schock-Strategie», 2007) oder den Zusammenhang von Klimakrise und kapitalistischem System («Die Entscheidung: Kapitalismus versus Klima», 2014).

Ihr neuestes Buch «Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann» ist eine Sammlung von Artikeln und Reden unterschiedlichen Inhalts aus den Jahren 2010 bis 2019. So ist «Das Loch in der Erde» eine Reise ins Katastrophengebiet an der Küste von Louisiana, die nach der Explosion der BP-Bohrplattform Deepwater Horizon am 20. April 2010 von einer Ölpest betroffen war. «Der Sommer der Brände» aus dem

Neue Allianzen in Zeiten von Corona

Gewerkschaften und Klimabewegungen sind nicht immer gut aufeinander zu sprechen. Man könnte sagen: der Beziehungsstatus ist kompliziert. Doch hier und da wird vermehrt der Schulterschluss gesucht, gemeinsame Aktionen werden geplant und gegenseitige Lernprozesse durchlaufen. Doch all das reicht noch nicht. Für die Zeit nach Corona wird zentral sein, ob es gelingt, politische und kulturelle Gräben zu überbrücken, um zusammen die bevorstehenden Umbrüche sozial und ökologisch zu gestalten.

Von Tobias Kalt

Wenn eines in der Coronakrise klar hervorgetreten ist, dann die Erkenntnis, dass Menschen nicht ausserhalb und über der Natur stehen. Unser Wohlergehen hängt unmittelbar von der Natur ab. Das wird beim Coronavirus nun offensichtlich und trifft beim Klimawandel noch in weitaus grösserem Masse zu. Dennoch hält sich der kartesische Gegensatz zwischen Mensch und Natur hartnäckig in unserem Denken.

Dieser Dualismus findet sich dann auch wieder in der geläufigen Erzählung eines Dilemmas zwischen Arbeit und Umwelt. In der Sprache der Ökonomie geht es um ein Nullsummenspiel. Das eine kann nur auf Kosten des anderen erreicht werden. Daher müssen wir uns entscheiden: entweder Arbeitsplätze oder Umweltschutz, entweder Gerechtigkeit für Arbeitnehmer*innen oder Gerechtigkeit für die jetzt und zukünftig vom Klimawandel am stärksten Betroffenen. Und es ist mehr als eine Erzählung, denn die Konflikte sind real. An vielen Orten weltweit kämpfen Aktivist*innen gegen Umweltzerstörung und Klimawandel und setzen sich ein für die Stilllegung umweltschädlicher Industrieanlagen. Dem stellen sich nicht selten Beschäftigte und Gewerkschaften entgegen, die um Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung fürchten.

Einen Höhepunkt erreichten Konfrontationen zwischen Gewerkschaften und Umweltaktivist*innen jüngst in den Auseinandersetzungen um den Kohleausstieg in Deutschland. Seit 2015 organisiert das Bündnis Ende Gelände jährlich wachsende Proteste in den Braunkohlerevieren im Rheinland und in der Lausitz. In beeindruckenden Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams strömen tausende Klimaaktivist*innen in die Kohlegruben, besetzen Bagger, Förderbänder und Schienen und fordern einen sofortigen Kohleausstieg. Bei den Beschäftigten in der Braunkohle lösen die Aktionen jedoch nicht gerade Begeisterung aus. Viele fühlen sich in ihrer Identität angegriffen, bangen

um den Verlust ihrer Jobs und fragen sich, wie es um die Zukunft der Region steht. Die Bergbaugewerkschaft IG BCE und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mobilisierten in den letzten Jahren zu verschiedenen Gegenaktionen, die von Mahnwachen in den Revieren bis hin zu Demonstrationen vor dem Bundestag reichten. Es wurde heftig gestritten, ob Klimagerechtigkeit und die von Tagebauen bedrohten Dörfer oder aber Arbeitsplätze und die sozio-ökonomische Struktur in den Kohleregionen Priorität haben sollten. In einer von der Regierung eingesetzten Kommission zum Kohleausstieg, in der unter anderem Gewerkschaften und Umweltverbände vertreten waren, konnte dieser Konflikt nur mühsam und durch einen wackligen Kompromiss befriedet werden.

Zusammenarbeit von Gewerkschafter*innen und Klimabewegung

Doch eine langsame Trendwende deutet sich an. Mit dem rasanten Wachstum von Fridays For Future und der Dominanz des Klimathemas in der öffentlichen Debatte im letzten Jahr setzten sich die deutschen Gewerkschaften zunehmend mit dem Klimawandel auseinander, suchten erste Kontakte zur Klimabewegung und verabschiedeten Beschlüsse für einen sozial-ökologischen Wandel. Insbesondere im Hinblick auf die diesjährigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Personennahverkehr kommen Klimagruppen und Gewerkschafter*innen in mehreren Städten zusammen, um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen als klimafreundliche Alternative zum Autoverkehr zu fordern.

Dass es auch anders geht und Gewerkschaften wegweisende Klimapolitik machen können, zeigt sich vielerorts. In Grossbritannien fordert der gewerkschaftliche Dachverband Trades Union Congress die Vergesellschaftung und Demokratisierung

des britischen Energiesektors, um die Energiewende voranzubringen. Einige britische Gewerkschaften unterstützen ausserdem ein Moratorium auf das höchst umstrittene Fracking im Norden Englands. In Südafrika streiten Gewerkschaften zusammen mit Umweltaktivist*innen für einen gerechten Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren, durch den eine Million neuer Klimajobs geschaffen werden sollen. In New York erreichte eine breite Koalition aus Gewerkschaften, Kirchengruppen, Community- und Klima-Aktivist*innen, dass die Stadt eines der fortschrittlichsten Klimagesetze in den USA verabschiedete. Und nicht zuletzt unterstützen in der Schweiz VPOD und Unia den diesjährigen Klimastreik der jungen Generation.

«Für die Abwehr neoliberaler Krisenbearbeitung von oben und für eine Transformation, die sozial und ökologisch sein soll, braucht es den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Klimabewegung und anderen sozialen Bewegungen.»

Scheideweg Coronakrise

Auf diese positiven Beispiele und Erfahrungen muss nun aufgebaut werden. Denn zurück zur Coronakrise, deren mittel- und langfristige Auswirkungen immens sein werden. Wir stehen vor einer globalen wirtschaftlichen und sozialen Krise von potentiell unvorstellbarem Ausmass. In einer solch tiefgreifenden Krisen lässt sich der Status Quo nicht mehr aufrechterhalten und weitreichende gesellschaftliche Veränderungen stehen bevor. Die Coronakrise bringt uns an eine Weggabelung. Die US-amerikanische Klimaaktivistin Naomi Klein spricht von einer Schock-Strategie, mit der

in Zeiten grosser Krisen versucht wird, von oben demokratiefeindliche und marktradikale Forderungen durchzusetzen. Es wird nun auch Versuche geben, die Coronakrise als Anlass zu nutzen, um Freiheitsrechte und Arbeitnehmer*innenrechte dauerhaft einzuschränken, Umweltstandards abzubauen und der Bevölkerung eine neue Welle der Austeritätspolitik aufzuzwingen. Es wird ebenfalls vermutlich Versuche geben, Arbeitsplätze und Umweltschutz gegeneinander auszuspielen, wenn Konjunkturprogramme geschürt werden, um die Produktion von klimaschädlichen Gütern und Dienstleistungen wieder anzukurbeln mit dem vagen Versprechen, dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Dem gegenüber steht die Perspektive einer sozialen und ökologischen Transformation unserer Lebens- und Produktionsweise hin zu mehr Demokratie, mehr sozialer Gerechtigkeit und echtem Klimaschutz.

Nichts davon passiert automatisch, sondern die Richtung des sozialen Wandels wird in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmt. Allerdings trifft uns diese Krise zu einer Zeit, in der die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte stark geschwächt sind. Konservative oder rechte Regierungen sind in vielen Ländern an der Macht, Gewerkschaften haben in den letzten Jahrzehnten vielerorts an Stärke verloren und soziale Bewegungen sind derzeit aufgrund von Demonstrationsverboten wie gelähmt. Umso dringlicher wird die Aufgabe, wieder in die Offensive zu kommen, Themen zu verknüpfen, Kämpfe zu verbinden und neue Allianzen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aufzubauen, um so gemeinsam die kommenden grossen Umbrüche mitzugestalten. Für die Abwehr neoliberaler Krisenbearbeitung von oben und für eine Transformation, die sozial und ökologisch sein soll, braucht es den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Klimabewegung und anderen sozialen Bewegungen.

Kampf um Gemeinwohlorientierung

Aber wo anfangen? Zuallererst merken wir in der Coronakrise, wie privatisierte und kaputtgesparte Gesundheitssysteme unser aller Gesundheit gefährden und die Beschäftigten an ihre Belastbarkeitsgrenzen bringen. Wir merken, dass der Markt versagt und welche Arbeiten und welche Wirtschaftszweige wirklich systemrelevant sind. Klimaaktivist*innen und Gewerkschaften müssen sich daher gemeinsam für eine solide Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand einsetzen. Dort können viele neue, gesicherte und angemessen entlohnte Arbeitsplätze entstehen, die gleichzeitig auch gut fürs Klima sind.

Wir merken ausserdem, wie wichtig es ist, dass die Existenzgrundlagen von Menschen unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen gesichert sein muss. Die neu aufflammende Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte einen gemeinsamen Bezugspunkt darstellen. Und schliesslich sehen wir auch, dass private Konzerne in der Coronakrise dem Gemeinwohl verpflichtet werden können. Das Bekleidungsunternehmen ZARA stellt nun Atemschutzmasken her, der Kosmetikhersteller L'Oréal produziert Desinfektionsmittel und der Autohersteller General Motors wird per Regierungsdekret darauf verpflichtet, Beatmungsgeräte zu bauen. Gewerkschaften und Klimaaktivist*innen müssen sich gemein-

sam für eine Neuausrichtung der Wirtschaft hin zur Gemeinwohlorientierung, für den Umbau klimaschädlicher Industrien und für die Schaffung von gutbezahlten und sinnstiftenden Jobs in der Herstellung sozial und ökologisch sinnvoller Produkte einsetzen. Das alles sind grosse Herausforderungen, die nur gemeinsam angegangen werden können – für die arbeitende Bevölkerung und fürs Klima. Die Alternative ist eine Neuauflage der neoliberalen Schock-Strategie. ■

Tobias Kalt ist Politikwissenschaftler an der Universität Kassel und forscht zu sozial-ökologischen Transformationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

#challengeforfuture

Wir Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen stehen hinter den Forderungen der Klimabewegung.

Wir unterstützen den Challenge for Future am 15. Mai 2020.

Gemeinsam einstehen für eine ökologische und sozial gerechte Zukunft.



Wenn du noch nicht dabei bist,
werde Mitglied!
www.vpod.ch



«Wa(h)re Flüchtlinge

Eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Migrationspolitik» an der Mösli-Bildungsveranstaltung am Samstag, 27. Juni 2020, 11.00 bis 17.00 Uhr.

Von **Barbara Hobi**

Wir werden uns an der diesjährigen Bildungsveranstaltung anhand konkreter Themenbereiche mit der aktuellen Migrationspolitik in der Schweiz beschäftigen und dabei die Spannungen beleuchten, die sich zwischen der realen Situation von Flüchtlingen und der Gefahr ergeben, die betroffenen Menschen zur Ware zu machen.

Enteignung von Zugezogenen durch Sozialpolitik

Der Sozialwissenschaftler Christophe Roulin von der Hochschule für Soziale Arbeit an der FHNW beschäftigt sich im Rahmen seiner Lehr- und Forschungstätigkeiten mit den Themen Fluchtmigration, Sozialhilfe und Sozialpolitik. In seinem Referat beleuchtet er die Rolle von Sozialdiensten, was die Flexibilisierung von Ansprüchen und Zukunftsaussichten von Zugezogenen betrifft. Im Sinne von aktivierender Sozialpolitik werden diejenigen, deren Lebensgrundlage unsicher ist, aus nächster Nähe überwacht. Dies kann einhergehen mit einer Enteignung

des bisherig Erreichten und somit dem Ausblenden von Ressourcen, Wünschen und Bedürfnissen der Sozialhilfebeziehenden. Im Referat wird die These der paradoxen Wirkung von Arbeitsintegrationsprogrammen diskutiert: Die angestrebte positive Wirkung ist nur um den Preis der Verdinglichung und Enteignung der Lebensgeschichten zu haben.

Rechtsarbeit unter den Bedingungen des neuen Asylverfahrens

Die Sozialarbeiterin Andrea Schweizer ist Vorstandsmitglied in der Freiplatzaktion Zürich, die sich seit 35 Jahren für die Wahrnehmung und Durchsetzung der Rechte von Asylsuchenden und migrierten Menschen einsetzt. Nebst der professionellen und staatlich unabhängigen Rechtsberatung ist die politisch-aktivistische Arbeit zentraler Bestandteil des Vereins. Sie beschreibt in ihrem Referat aktivistische Rechtsarbeit der Freiplatzaktion und diskutiert, welche

Bedeutung und Folgen das neustrukturierte Asylverfahren für die betroffenen Menschen hat.

Arbeit um jeden Preis

Die schweizerische Asyl- und Ausländerpolitik regelt, wer in der Schweiz bleiben darf und wer nicht. Wirtschaftliche Interessen spielen dabei eine wachsende Rolle. AusländerInnen, die gemäss ihren Rechten Sozialleistungen beziehen, haben mit zunehmend harten Konsequenzen zu rechnen. Aber auch der Anspruch auf Unterstützung wird für viele Personengruppen eingeschränkt. Diese Entwicklungen zeigen sich beispielhaft bei vorläufig aufgenommenen AusländerInnen im Kanton Zürich. In den vergangenen Jahren waren sie mit teils drastischen Kürzungen konfrontiert. Moritz Wyder von map-f (Monitoring- und Anlaufstelle für vorläufig aufgenommene Personen) diskutiert in seinem Referat, inwiefern viele betroffene Personen anstelle einer selbstbestimmten Lebensgestaltung und Teilhabe an der Gesellschaft in den prekärsten Teil des Arbeitsmarktes gedrängt werden. ■

Organisation:

Freundeskreis Mösli, Stiftung Kinderfreundeheim Mösli, Verein Pro Rote Falken; Barbara Hobi, Basil Dieltlicher, Tobias Studer

Kosten: Fr. 30.– inkl. Mittagessen, Anmeldungen bis 3.6.2020 bitte via www.moeslihaus.ch/agenda/



Studienreise nach Albanien und Kosova

Ein Angebot zur interkulturellen Weiterbildung vom 05.-15. Oktober 2020, (Zürcher Herbstferien).

Viele SchülerInnen albanischer Eltern gehen bei uns zur Schule, ihre Eltern arbeiten in verschiedenen Bereichen der Schweizer Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag für das Wohl des Landes.

Während unserer Reise werden wir Spuren vergangener Herrscher und Eroberer verfolgen und eindruckliche Kulturdenkmäler aus der illyrischen, mittelalterlichen, osmanischen und gegenwärtigen Zeit besuchen.

Neben den Hauptstädten Tirana und Prishtina besichtigen wir unter anderem die Städte Kruje, Peja und Prizren im Norden, Durres, Vlore und Sarande an der Küste sowie Berat und Gjirokaster im Landesinneren. Geplant sind Gespräche mit Bildungsverantwortlichen sowie der Besuch

zweier Volksschulen. Zudem erfahren wir, in welchem Rahmen die Schweiz in Albanien und Kosova Entwicklungshilfe leistet. Während der Reise durch die Länder werden wir die herzliche Gastfreundschaft der Menschen erleben, die regionale Küche geniessen und Albanien und Kosova mit ihren grossen gesellschaftlichen wie auch landschaftlichen Gegensätzen entdecken. ■

Zielgruppe: Lehrpersonen aller Stufen und andere Interessierte, maximal 20 Personen

Leitung: Nexhat Maloku, Mediator CAS, Präsident des Albanischen Lehrer- und Elternverbands in der Schweiz
Informationen und Anmeldung: Nexhat Maloku, Hagenbuchrain 32, 8047 Zürich
Tel. 076 569 20 80; E-Mail: nmaloku@sunrise.ch

Preis: Fr. 1890.– (alles inklusive)

Albanien war bis zu Beginn der 90er Jahre von einer kommunistischen Diktatur geprägt. Nach der Öffnung des Landes ist nun Albanien auf dem Weg in die EU, NATO-Mitglied ist es bereits seit 2009. Einige kulturhistorische Stätten gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe und ziehen gemeinsam mit den bezaubernden Landschaften immer mehr Touristen an.

Kosova, seit 17. Februar 2008 unabhängig, ist ein Land mit grossen Kontrasten – und ein Land mit engen Beziehungen zur Schweiz.

Teure Chancengleichheiten

Erkenntnisse an einer Diskussionsveranstaltung des VSoS zu Chancengleichheit und sozialer Selektivität an den Schweizer Schulen. Von Johannes Gruber

Am 27. November 2019 lud der VSoS gemeinsam mit dem VPOD, dem Bildungs-Café und dem Verein S.E.S.J. zu einer Veranstaltung in Zürich ein. Jürg Schoch, Leiter des Instituts Unterstrass an der pädagogischen Hochschule Zürich, stellte die Studie «Soziale Selektivität» vor, ein Expertenbericht, den er selbst zusammen mit Rolf Becker im Auftrag des Schweizerischen Wissenschaftsrats verfasst hat. Einen zweiten Input lieferte Oliver Dlabac (Universität Zürich) zum Thema «Optimierung der sozialen Durchmischung in städtischen Schulen».

Die Studie «Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR» zeigt anhand von neuen Daten des Bundesamts für Statistik wie auch des Schweizer Bildungsberichtes 2018, dass das Schweizer Bildungssystem soziale Ungleichheiten nicht vermindert, sondern reproduziert. Dass diese Diagnose, die Bildungssoziologen bereits seit den frühen 1970er Jahren immer wieder stellen, neu entdeckt wird, hat wohl auch mit dem Siegeszug der Bildungsökonomie als wissenschaftlicher Disziplin zu tun.¹ Bemerkenswerte Ergebnisse finden sich in dem Bericht allemal.

Drei Faktoren sozialer Selektivität

Wie Jürg Schoch in seiner Präsentation ausführte, bestimmen ein tiefer sozio-ökonomischer Status (1), Migrationshintergrund / Fremdsprachigkeit (2) sowie Bildungsferne / ein tiefer Bildungsstand der Eltern (3) nach wie vor die soziale Selektivität im Schweizer Bildungssystem. Dabei hat Herkunft unterschiedliche Effekte. Zum einen lässt sich mithilfe von Statistiken zeigen, dass die drei genannten Faktoren dazu führen, dass SchülerInnen schlechtere Leistungen zeigen (primärer Herkunftseffekt). Zum anderen aber lässt sich auch zeigen, dass selbst bei gleichen oder besseren Leistungen SchülerInnen je nach Herkunft schlechter bewertet werden (sekundärer Herkunftseffekt). Im Bericht heisst es: «Vorliegende Studien belegen für die Schweiz, dass geringe soziale Unterschiede von Bildungschancen zu Beginn des Bildungsverlaufs sich von Bildungsstufe zu Bildungsstufe vergrössern [...] Gemessen an den Bildungsergebnissen (d.h. dem Hervorbringen von qualifizierten Personen) und den Möglichkeiten, Talenten in nachwachsenden Generationen zu entsprechenden Bildungserfolgen (d.h. Leistungen) zu verhelfen, erweist sich ein

solch sozial selektives Bildungssystem als ineffizient.» (SWR 2018, S. 35)

Übergänge und Auswahlverfahren entscheidend

Soziale Selektivität im Schweizer Bildungssystem zeigt sich besonders bei den Übergängen (Primarstufe - Sek I - Sek 2 - Tertiärstufe): «Akademikerkinder haben eine 7 Mal höhere Chance, die gymnasiale Maturität zu erwerben, als Kinder von geringer gebildeten Eltern, und eine 2,9 Mal höhere Chance als Kinder von Eltern mit mittlerem Bildungsniveau.» (SWR 2018, S. 48) Zur international hohen sozialen Selektivität tragen folgende Strukturmerkmale des Schweizer Bildungssystems bei:

1. eine gering verbreitete frühkindliche Betreuung und Förderung,
2. eine frühe Selektion in die Schultypen und Leistungsstufen auf der Sekundarstufe I (einergehend mit einer frühen institutionellen Festlegung des weiteren Bildungsweges mit einer hohen Lenkung weg vom direkten Weg in die akademische Bildung),
3. eine ausgeprägte Stellung der sozial selektiven Berufsbildung sowie eine geringe, aber hochgradig sozial homogene Maturitätsquote und
4. ein geringer Anteil an Studierenden an Universitäten». (SWR 2018, S. 68)

Aus den Empfehlungen der Studie des Schweizer Wissenschaftsrates wählte Jürg Schoch in seiner Präsentation drei aus: Ausbau der frühkindlichen Förderung, gezielte Sprachförderung aller sozial benachteiligter Kinder sowie «eine Überprüfung der Anzahl und des Zeitpunkts der Übergänge sowie der Auswahlverfahren hinsichtlich sozialer Selektivität auf allen Stufen». Meiner Ansicht nach dürfte es wohl ohne Änderung der Struktur der Übergänge und Auswahlverfahren tatsächlich kaum möglich sein, die Diskriminierung von begabten und leistungsfähigen Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Verhältnissen zu reduzieren. Und dabei dürfen auch das Schweizer Berufsbildungssystem und die tiefe Maturitätsquote keine heiligen Kühe bleiben.

Soziale Selektivität nach Wohnquartier

Auf der Basis von Ergebnissen der von ihm geleiteten Studie «Soziale Durchmischung in städtischen Schulen – eine politische Aufgabe» stellte Oliver Dlabac von der Universität Zürich seine Empfehlungen zur Verbesserung der Chancengleichheiten im Bildungssystem vor. Im Moment gebe es

in der Stadt Zürich je nach Quartier grundverschiedene Bildungswege der Kinder und Jugendlichen. Um dies zu ändern, solle man Strategien sozialer Durchmischung bei der Schulzuteilung und auch der Schulraumplanung anwenden. Insbesondere sei aber eine entsprechende Stadtentwicklungspolitik und privater und gemeinnütziger Wohnungsbau entscheidend für durchmischte Quartiere und somit durchmischte Schulen.

Wie auch immer. Die Verbesserung von Chancengleichheit und Reduktion von sozialer Selektivität ist eine zentrale bildungs- und sozialpolitische Herausforderung, die jedoch so leicht wohl nicht zu bewältigen sein wird. Der VSoS jedenfalls wird im November 2020 eine Folgeveranstaltung zu diesem Thema durchführen. ■

¹ In einem Zitat im Bericht liest sich das folgendermassen: «Mit geringerem Steueraufkommen, geringer Wettbewerbsfähigkeit und steigenden sozialen Kosten büsst eine Gesellschaft – und die ökonomisch Privilegierten sind damit eingeschlossen – an Prosperität, Integration und Legitimität ein, wenn von Generation zu Generation knappes wie wertvolles Humankapital vergeudet wird. Der individuelle Verzicht von ökonomisch armen Talentierten auf ein Studium kommt der Gesamtgesellschaft teurer zu stehen als die Übernahme derer Studienkosten durch die Allgemeinheit.» (Rolf Becker, zit. nach SWR 2018, S. 55)



Die Studie «Soziale Selektivität» des Schweizerischen Wissenschaftsrates ist herunterladbar unter:
https://www.swir.ch/images/stories/pdf/de/Politische_Analyse_SWR_3_2018_SozialeSelektivitaet_WEB.pdf

(M)eine Vision? Gendergerechte Lehrmittel

Der Unterricht prägt auch die Geschlechterbilder von jungen Menschen. Dies gilt es gerade bei der Arbeit an neuen Lehr- und Lernmitteln zu berücksichtigen.

Von **Michela Seggiani**

Mit grosser Freude halte ich den Sammelband zur gendersensiblen Berufsorientierung und Berufswahl in den Händen, der die Beiträge zur Tagung «Gendersensible Berufsorientierung» vom 26. Oktober 2018 der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz in Solothurn enthält.

Die Tagung bot ein reiches Programm zum neuesten Forschungsstand hinsichtlich gendersensibler Berufsorientierung und entsprechenden Perspektiven aus der Praxis. Und so bietet auch das Buch dazu einen aktuellen Überblick. Die AutorInnen und die Herausgeberin stehen für die hohe Qualität der Beiträge. Deshalb möchte ich allen, die sich mit Berufsorientierung und Berufswahl auseinandersetzen, diesen Band wärmstens als Pflichtlektüre empfehlen.

Asymmetrische und stereotype Darstellung der Geschlechter

Im Beitrag «Darstellung der Geschlechter in einem Physik- und in einem Chemieschulbuch für die Sekundarstufe II» erläutern Walter Herzog, Elena Makarova und Felicitas Fanger ihre Untersuchungen zu aktuell angewandten Lehrmitteln in Bezug auf die Darstellung der Geschlechter. Sie haben bei dem Physikschulbuch «Impulse» und bei dem Chemieschulbuch «Elemente» (beide Klett Verlag) eine Inhaltsanalyse vorgenommen. Beide Bücher werden laut der Autorschaft in der deutschen Schweiz häufig an Gymnasien und Berufsmittelschulen verwendet. Für die Untersuchung wurde ein Kategoriensystem entwickelt – auch mit der Intention, das System für weitere Buchanalysen verwenden zu können. In beiden Titeln für den naturwissenschaftlichen Unterricht haben die Forschenden eine «stark asymmetrische und stereotype Darstellung der Geschlechter» aufgedeckt. Solche Darstellungen sind in verschiedener Weise problematisch. Zum einen zeigen sie die nach wie vor bestehende Stereotypisierung von Geschlechterrollen in Lernmaterialien, zum anderen die Nichtrepräsentation und somit Unsichtbarkeit von Frauen in MINT-Fächern oder auch von Männern in nicht männlich konnotierten

Rollen. Ist ein genderneutraler Unterricht, ja eine geschlechterneutrale Bildung nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis das Ziel, so sind genau solche Darstellungen hinderlich. Denn dadurch werden jungen Menschen Grenzen und Einschränkungen oftmals auch unbewusst vermittelt.

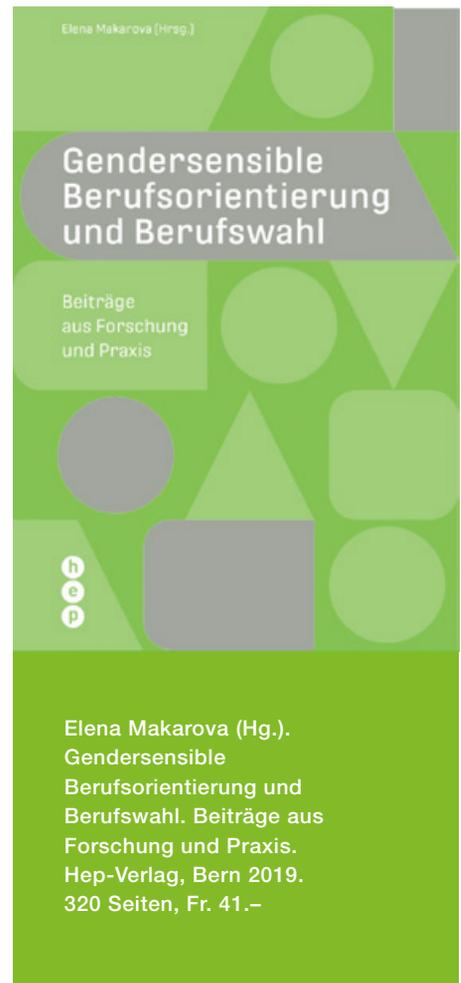
Gerade auch für mich als Erziehungsrätin sind Ergebnisse von Forschungen zu Lehrmitteln besonders relevant, weil der Erziehungsrat auch Lehrmittel bewilligt – oder beanstandet.

Der Text verweist auf internationale Berichte zur Gleichstellung, die fordern, dass in Naturwissenschaften, Mathematik und Technik der Unterricht für Mädchen interessanter gestaltet werden soll, indem u.a. stereotype Darstellungen von Geschlecht aus Lehrbüchern entfernt werden sollten.

Scheinbar wird diesem Fakt seitens Schulbuchforschung nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt; zur Repräsentation der Geschlechter in naturwissenschaftlichen Schulbüchern gibt es nur wenig Forschungen. Um so wichtiger sind die vorliegenden Ergebnisse von Makarova und ihrem Team. Die Forschenden weisen darauf hin, dass sie die beiden Bücher nicht auf ihre fachliche Qualität geprüft und bewertet haben. Ihnen ging es darum, die Darstellung der Geschlechter zu analysieren. Sie bedauern allerdings die für beide Lehrmittel so negativen Befunde bezüglich fairer Darstellung der Geschlechter, denn es handelt sich um die am häufigsten verwendeten Lehrbücher an Deutschschweizer Gymnasien und Berufsmittelschulen.

Bereitschaft zur Zusammenarbeit

In einem relativ frühen Stadium des Forschungsprojektes «Naturwissenschaft ist (auch) Frauensache! Geschlechtergerechtigkeit von Lehrmitteln auf der Sekundarstufe II», das im Sammelband auch vorgestellt wird, nahm ich an einer Sitzung als Genderexpertin teil. Das Forscherinnenteam informierte dabei über das Vorgehen und das Ziel des Projektes und bot ebenfalls eine Plattform zum Austausch. Einer der Autoren



der naturwissenschaftlichen Lehrmittel und jemand vom Verlag nahmen ebenfalls an der Sitzung teil und unterstützten das Projekt. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit von allen Beteiligten hat mich sehr beeindruckt. Für die Darstellung einer gendersensiblen Repräsentation von Geschlecht in Lehrmitteln benötigt es die Bereitschaft von Autoren und Autorinnen, Herausgebenden und von Verlagen, hier einen Fokus zu setzen und hinter dem Zweck und der Notwendigkeit von Korrekturen und Anpassungen zu stehen.

Schulbücher sind ein Teil des Alltags und der Wirklichkeit von jungen Menschen und sie prägen die Sozialisation der SchülerInnen mit. Bilder und Texte generieren immer auch einen Teil unserer Wirklichkeit. Deshalb sollte sowohl in natur- wie auch in geisteswissenschaftlichen Lehrmitteln eine Vielfalt von Geschlecht, Alter, Herkunft, Ethnie, Religion etc. dargestellt werden. Dies muss nicht unbedingt per sofort angepasst werden, es wäre aber toll, wenn dies für jedes neue und jedes neu aufgelegte Buch gelten könnte. ■

Michela Seggiani ist Vorstandsmitglied beim VPÖD Region Basel sowie Grossrätin und Erziehungsrätin.

Vielfalt ist ein grosses Plus

Ich treffe Michela Seggiani abends nach einem langen Arbeitstag im Sekretariat des Basler VPOD.

Von Johannes Gruber



Seit 2015 ist Michela Seggiani Gewerkschaftsmitglied, von Beginn an hat sie sich in den VPOD eingebracht und arbeitete bald im Vorstand der Region Basel mit. Für ihren Gewerkschaftseintritt war der solidarische Gedanke entscheidend, dass die Arbeitnehmenden ihre Interessen gemeinsam besser durchsetzen können.

Aufgewachsen ist Michela in Riehen als Tochter einer Seeländer Kleinkinderzieherin und eines italienischen Gastronomen. Ihr aus der Toskana stammende Vater hatte ihre Mutter in der Schweiz kennengelernt, war aus Liebe hiergeblieben und beruflich als Chef de Service in der Gastronomie tätig. Später wechselte er, weil die Arbeitszeiten besser mit der Familie vereinbar waren, in die Hoffmann La Roche als Betriebsarbeiter. Das politische Engagement und kulturelle Interesse wurden Michela gewissermassen in die Wiege gelegt: Sie berichtet vom Engagement ihres Grossvaters im Widerstand gegen Mussolini und auch davon, wie wichtig in ihrer Familie Kultur und Bildung sind. Ihre ersten bewussten Erinnerungen sind die an Tinguely und das Basler Kunstmuseum.

Hindernislauf im Bildungssystem

Von früh an war Michela eine leidenschaftliche Leserin. Dementsprechend leicht fiel ihr das Lernen in der Schule. Als jedoch die Selektionsentscheidungen im Übergang zur Sek I stattfanden, hiess es «als Italienermeitli könne sie froh sein, dass sie überhaupt eine Schule besuchen dürfe». Zugeteilt wurde sie schliesslich der Realschule (heute «Sek-E»), da sie ja, wie gesagt wurde, «eh eine Lehre machen würde». Im Anschluss daran absolvierte sie schliesslich die Diplommittelschule. Weil sie damals bereits wusste, dass sie unbedingt studieren möchte, versuchte sie noch am Gymnasium Bäumlihof die

Matur zu erwerben. Als ältere, etwas rebellische Schülerin fühlte sie sich jedoch dort nicht willkommen und brach zugunsten einer Berufslehre als Buchhändlerin ab. So wollte sie den Büchern nahe sein, die ihr so viel bedeuteten. Dieser Bildungsdrang war es auch, der dazu führte, dass sie sich nicht zufrieden gab mit der Leitung der Bestellabteilung und der Position als Stellvertreterin des Geschäftsführers.

Damit sie sich ihren Traum von Matur und Studium erfüllen konnte, nahm sie eine Stelle im Einkauf der Manor an, die es ihr ermöglichte über dreieinhalb Jahre jeden Abend

die Maturitätskurse für Erwachsene zu besuchen. Diese behielt sie auch, als sie 2003 mit 29 Jahren endlich an der Universität Basel studieren durfte. Sie entschied sich für ein Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Gender Studies, das sie 2011 abschloss. Bereits im Grundstudium sammelte sie als Tutorin erste Erfahrungen mit dem Unterrichten an der Universität. Parallel zum Studium organisierte sie kulturelle Führungen als Kopräsidentin und Koordinatorin für den Basler Frauenstadtrundgang oder für das Jubiläum «500 Jahre Basler Rathaus». Im Auftrag des Kantons Basel-Land organisierte sie Genderführungen für Jugendliche im Museum und erstellte auch das dazugehörige Unterrichtsmaterial. Sie betont, dass ihr der Transfer von der Theorie in die Praxis sehr wichtig ist und sie dies genau mit solchen Aufträgen realisieren kann.

Gleichstellung und Vielfalt als Anliegen

Von 2015 bis 2018 arbeitete sie in Basel-Stadt in der Abteilung «Gleichstellung von Frauen und Männern» und war dort unter vielen anderen Bereichen auch für «Bildung», «Schule» und «Berufswahl» zuständig. Gleichstellung war für sie schon immer ein wichtiges Thema und ist es auch in ihrer politischen Arbeit. Durch das Aufwachsen in einer Arbeiterfamilie ist sie zudem auch für andere Aspekte struktureller Benachteiligung und sozialer Ungleichheit sensibilisiert. So sei es wichtig, dass junge Menschen an den Schulen lernen, wie sie sich gegen Diskriminierungen zur Wehr setzen.

Politisch findet es Michela dagegen wichtiger, auf das «Plus» zu verweisen, das durch Vielfalt und Diversität entsteht, als negativ immer wieder die Diskriminierungen zu thematisieren. Sie berichtet von

ihren Erfahrungen mit jungen Frauen mit Migrationshintergrund im Rahmen eines Projekts, in dem Bewerbungsverfahren spielerisch eingeübt werden sollten. Als sie die Mädchen fragte, was diese denn können, erhielt sie die Antwort «eigentlich nichts». Und dies, obwohl diese jungen Frauen mehrere Sprachen beherrschten, Kinder hüteten, für ihre Eltern amtliche Texte lasen und übersetzten. Damit die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems auch wirklich von allen wahrgenommen werden kann, müssen Kinder und Jugendliche insbesondere durch Lehrpersonen darin gestärkt werden ein Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten und Leistungen auszubilden.

Bildung als Politik und Beruf

Seit 2016 ist Michela Mitglied im kantonalen Erziehungsrat. Ein Kontrollgremium mit strategischen Funktionen, das Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien bewilligt, Verordnungen für den Bildungsbereich prüft. Als Erziehungsrätin ist es ihr wichtig, auch immer wieder die Schulen und den Unterricht zu besuchen, um die aktuellen Herausforderungen vor Ort kennenzulernen. Obwohl der Erziehungsrat in der Regel nur Empfehlungen ausspricht, kann dieser doch auch Entwicklungen anstossen und aufgleisen. Auch hier spielen Gleichstellungsfragen eine wichtige Rolle, wenn es etwa um die Prüfung der Unterrichtsmaterialien auf Geschlechtergerechtigkeit oder das Geschlechterverhältnis bei den Abschlusszahlen geht. Besonders schätzt Michela die verschiedenen Perspektiven, die die VertreterInnen der unterschiedlichen Parteien einbringen und die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement.

Seit Juni 2019 sitzt Michela für die SP im Grossen Rat Basel-Stadt, wo sie Mitglied der Finanzkommission und der Regiokommission ist. Auch hier ist eine ihrer grossen Leidenschaften die Bildungspolitik. So arbeitet sie gerade an Vorstössen, die den Stellenwert der Berufsbildung in Basel-Stadt anheben sollen.

Ebenso seit 2019 nimmt Michela als Selbständige beruflich Mandate für Organisationen im Bildungs- und Gleichstellungsbereich wahr, z.B. hat sie die Geschäftsführung der Schweizerischen Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung SGAB inne oder organisiert Tagungen zu Bildungsthemen. Und wie nebenbei hat Michela auch noch Lehraufträge an Hoch- und Berufsschulen. ■



Klima- alarm

15.5.2020

11:59 Uhr

